

# Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Die Stimmen für einen gesetzlichen Mindestlohn nehmen zu – Seite 4**
- **Italien: Berlusconi knapp abgewählt – Seite 7**
- **Leitkultur: Schulkampf in Bayern – Seite 12**
- **Daimler-Chrysler Hauptversammlung: Gegen Arbeitsplatzabbau – Seite 16**
- **Die rechtspopulistische Mobilisierungsstrategie von „pro Köln“ – Seite 18**

Ausgabe Nr. 8 am 21. April 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

**Herausgegeben vom:** Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de  
**Termine:** Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## CSU droht mit Obdachlosigkeit und Suppenküche

*Handelsblatt*, 13.4. rül. CSU-Generalsekretär Söder will im Zuge der für Herbst 2006 angekündigten „Neuordnung des Niedriglohnssektors“ weitere Verschärfungen der Zumutbarkeits- und Strafregelungen im Arbeitslosenrecht. Bisher droht Arbeitslosen, falls sie vom Job-Center als zumutbar bewertete Arbeits- oder Trainingsangebote ablehnen, eine Kürzung des ALG II um 30% (also von 345 Euro auf ca. 240 Euro im Monat). Zahlungen für die Kosten der Unterkunft werden nur in ganz extremen Fällen gekürzt, weil dann den Betroffenen praktisch mit Obdachlosigkeit gedroht wird. Im Gespräch mit dem „Handelsblatt“ forderte Söder nun, bei Nichtannahme zumutbarer Arbeits- und Trainingsangebote das ALG II künftig um 50% zu senken – also auf ca. 170 Euro) und den Mietzuschuss ebenfalls sofort. Außerdem sollen beide Sanktionen nicht mehr im Ermessen des Job-Centers, also fallbezogen sein, sondern gesetzlich zwingend vorgeschrieben werden. Das werde auch die gerichtliche Anfechtbarkeit solcher Sanktionen erschweren, hofft der CSU-Generalsekretär. Faktisch droht damit bei Verweigerung „zumutbarer“ Arbeits- und Trainingsangebote den Betroffenen Obdachlosigkeit und die Suppenküche. Söder leitet mit CDU-Generalsekretär Pofalla eine Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion, die bis Frühsommer das Unionskonzept für eine Neuordnung des Niedriglohnssektors erarbeiten soll. Bis Herbst soll dann daraus ein gemeinsames Konzept mit der SPD entstehen.

## Deutsch auf dem Schulhof? Türkisch als Schulfach?

*AiD*, 1/2006. rül. Der vom Bundesamt für Migration herausgegebene, also regierungsoffizielle „Aktuelle Informationsdienst zu Fragen der Migration und Integrationsarbeit (AiD)“ widmet sich in seiner neuesten Ausgabe auch der Debatte „Deutsch auf dem Schulhof“. Die Autorin betont dabei eingangs, dass die bundesweit bekannt gewordene Regelung an der Herbert-Hoover-Oberschule in Berlin auf einer freiwilligen Vereinbarung von Eltern, Lehrern und Schülern beruhe, bei 91 Prozent Anteil von Migrationskindern aus verschiedenen Nationen. Sie zitiert dann u.a. die Deutsche Gesellschaft für Sprachwissenschaft (DGfS), die vor Signalen warnt, „die den schulischen Raum emotional weiter belasten und Signale aussenden, von denen sich Minderheiten weiter diskriminiert fühlen“. Kinder würden an Schulen ohnehin „stän-

dig mit den Grenzen ihrer sprachlichen Möglichkeiten konfrontiert“ und so nur weiter verunsichert. Prof. Hoffmann vom Institut für deutsche Sprache in Dortmund ist ebenfalls kritisch. Wer seine Muttersprache nicht gut könne, lerne auch Zweitsprachen schwer. „Es fehlt zu wirklichen Integration an einer Anerkennung wenigstens der größten Migrationsprachen.“ Türkisch müsse endlich Schulfach werden.

## In die Illegalität gedrängt

*Kobinett*, 15.4. scc. Der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) hat sogenannte wettbewerbsrechtliche Abmahnverfahren gegen Agenturen, die ausländische Pflegekräfte vermitteln, eingeleitet. Damit sollen „unerlaubte Praktiken beim Angebot von Billigpflege eingedämmt“ werden. Die Abmahnverfahren richten sich gegen „sogenannte Vermittlungsagenturen, die illegal Kräfte – vorwiegend aus Osteuropa – in deutsche Haushalte mit Pflegebedürftigen als günstige Arbeitskräfte vermitteln“. Dadurch würden die Leistungen seiner Mitglieder „abqualifiziert“. Bisher wurden alle Abmahnverfahren mit einer Unterlassungserklärung der jeweiligen Agenturen beendet. Sehr zwiespältig sieht diese Aktion des VDAB die Vorsitzende des Forums selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen (ForseA), Elke Bartz. „Einerseits kämpfen wir seit vielen Jahren für eine leistungsgerechte Bezahlung von Pflege- und Assistenzleistungen. Ausländische Billigpflegekräfte sind da natürlich eine große Konkurrenz gegenüber regulär bezahlten Pflegekräften.“ Man habe aber den Verdacht, dass der VDAB womöglich ausschließlich eigene Wirtschaftsinteressen verfolge. Die Pflegedienste, so Elke Bartz, kündigen nämlich die Versorgungsverträge, wenn für Menschen mit umfangreichem Pflege- und Hilfebedarf die Sachleistungen der Pflegeversicherung abgeschöpft sind, keine Zivildienstleistenden mehr zur Verfügung stehen und ausschließlich fest eingestellte Pflegekräfte eingesetzt werden müssten, da die Sozialhilfeträger die Kosten nicht mehr zahlen. Pflegebedürftige würden damit ins Heim gedrängt oder gezwungen, sich nach „illegalen“ Pflegekräften umzuschauen. Selbst Sozialhilfeträger drängten „unter der Hand“ zum Einsatz dieser „illegalen“ Pflegekräfte und zwingen damit auch behinderte Menschen in die Illegalität. – Der dritte Gesichtspunkt, der in beiden Positionen keine Beachtung findet, ist die entrechtete Situation der „illegalen“ Pflegekräfte, die der Verweigerung der Freizügigkeit durch die BRD geschuldet ist.

Politische Berichte im Internet: [www.gnn-verlage.com](http://www.gnn-verlage.com)

## Richterbund gegen Wiedereinführung des Kronzeugen

*www.dradio.de/dlf, 13.4. alk.* In einem Interview mit dem Deutschlandfunk äußerte der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Wolfgang Arenhövel, deutliche Bedenken gegen die von der Großen Koalition geplante Wiedereinführung der 1999 abgeschafften Kronzeugenregelung. Der Richter sagte: „Durch diese beabsichtigte Strafmilderung oder gar Straffreiheit wird das Prinzip einer gleichmäßigen, kalkulierbaren und schuldangemessenen Bestrafung verwischt. Wir müssen ja sehen, dass diese Strafmilderung, wenn sie denn eingeführt wird, nur für solche Fälle in Betracht kommt, die ganz besonders schwere Straftaten beinhalten, also für die mittlere und leichtere Kriminalität wohl eher nicht. Das ist eine Verwischung oder eine Ungleichbehandlung, die so ohne weiteres nicht zu rechtfertigen ist. Der zweite Punkt ist ein ganz praktischer Punkt, der immer wieder ins Feld geführt wird. Wir haben es ja bei so genannten Kronzeugen und deren Aussagen, die in Wirklichkeit ja keine Zeugen sind, sondern Beschuldigte, Angeklagte in einem Verfahren, natürlich mit ganz besonders interessengeleiteten Aussagen zu tun. Da besteht natürlich die Gefahr, um sich selbst eine Straffreiheit oder doch erhebliche Strafmilderung zu erkaufen, einer Falschaussage, die oft genug dann schwer zu überprüfen ist.“

## Konservativer gegen Ehrenabschiebung

*Faz, 18.4. maf.* Kritische Distanz halten verschiedene Beiträge in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu den Repliken, die das Urteil im Berliner sogenannten Ehrenmordprozess auslöst. Das Gericht war erstinstanzlich zu der Meinung gekommen, dass eine Beteiligung der älteren Brüder an der Ermordung von Hatun Sürücü durch ihren jüngsten Bruder nicht nachzuweisen sei. Der Feuilletonist Patrick Bahners kritisiert unter anderen namentlich den migrationspolitischen Sprecher der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus, Sayan, der gegen den Freispruch der älteren Brüder gewandt, gesagt habe: „Auch in der Türkei muss der Jüngste die Tat ausführen, und die anderen kommen frei“, mit der Feststellung, dass gerade das im Verfahren nicht habe bewiesen werden können. Auch den „moralischen Ausweisungsbescheid“, den der Berliner Innensenator der betroffenen Familie mit „höhnischem Appell an die Ehre“ habe zukommen lassen, weist Bahners zurück. Bahners führt die kritisierten Äußerungen auf „kollektivistisches Denken“ zurück. Diese Erklärung ist nicht zufrieden stellend. Eher schon trifft es den Kern des Problems, wenn



Armutslöhne – alle sind bedroht!

# ARM TROTZ ARBEIT?

## Nachjustieren bei Hartz IV

*Süddeutsche Zeitung, 19.4., alk.* Verschiedene Zeitungen veröffentlichen aus „internen Papieren“ von Haushaltsexperten der verschiedenen Fraktionen der Regierungskoalition über absehbare Kostensteigerungen bei den Zahlungen von ALG II. So zitiert die „Süddeutsche Zeitung“ aus einem Papier der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Statt 24,4 Milliarden Euro für das Jahr seien bis zu 28 Milliarden Euro Ausgaben für das Arbeitslosengeld II zu erwarten. Die bereits beschlossenen Maßnahmen, die hauptsächlich verhindern sollen, dass unter 25-jährige Arbeitslosen eine eigene Wohnung halten, würden nicht ausreichen. Als neue Zielgruppe für Kostensteigerungen sind „Aufstocker“ ins Visier der Haushaltspolitik geraten. Das sind Beschäftigte oder auch Selbständige, die aufgrund geringer Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit Anspruch auf Leistungen nach dem ALG II stellen können. Schätzungen sprechen von rund 900.000 Personen, auf die das zuträfe. Die Unions-Haushaltspolitikern meinen, dass noch „ganze Regionen ihre Ansprüche entdecken könnten“. Bei den Beschäftigten seien es vor allem „Taxifahrer, Gebäudereiniger, Sicherheitskräfte und Handwerksgesellen“. Bei Selbständigen verlocke außerdem die Möglichkeit, darüber (wieder) in die gesetzliche Krankenversicherung zu gelangen. Konkrete Maßnahmen gegen diesen „Kombilohn“ von unten sind allerdings noch nicht vorgeschlagen. Die gibt's allerdings in Bezug auf schärfere Kontrollen und zunehmenden Druck. So soll im Mai ein weiteres „Optimierungsgesetz“ vorgelegt werden. Die Arbeitsagenturen sollen demnach die Arbeitswilligkeit stärken prüfen, indem sie bei jedem Neuantrag sofort irgendwelche Angebote machen. Außerdem sollen die Bankkonten von Antragstellern generell überprüft werden, ob eventuell Zinseinkünfte usw. nicht verschwiegen werden. Auch die Freibeträge für Vermögen sollen bei jüngeren Arbeitslosen abgesenkt werden. Die Hoffnungen sind, so der SPD-Abgeordnete Klaus Brandner, damit 1,2 bis 1,5 Millionen Euro weniger zahlen zu müssen.

Bahners ironisch darauf hinweist, dass die Urteilsschelte, von dem „Ehrenmord als wahren Verbrechen gegen die Ehre von Familie und Volk“ ausgeht und damit gegenüber der Rechtsprechung eine barbarische Haltung einnimmt.

## Bundesdeutsche Liberale für Freiheit

*faz, 10.4. maf.* Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat am 10. April einen Aufsatz von Frau Leutheusser-Schnarrenberger veröffentlicht, in dem die FDP-Bundestagsabgeordnete, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion und bayerische Landesvorsitzende, sich kritisch mit der Tendenz auseinandersetzt, in der BRD mit gesetzlichen Vorgaben und staatlichem Handeln eine Leitkultur durchzusetzen. Die FDP-Politikerin

wählt als Ausgangspunkt eine Strömung im antiken Denken. Zitat: „patria est, ubicumque est bene“, was zu deutsch etwa heißt: „Mein Vaterland ist da, wo es mir gut geht“. Sie hält im weiteren an der funktionalen Trennung von Gesellschaft und Gemeinschaft fest und kritisiert so Bestrebungen in Richtung eines weltanschaulich homogenen Staatswesens. – Der auch sonst interessante Aufsatz findet sich im Internet [www.leutheusser-schnarrenberger.de](http://www.leutheusser-schnarrenberger.de), Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung. Wie Frau Leutheusser-Schnarrenberger im FDP-Leitzirkel mit dem FDP-Generalsekretär, Fallschirmjäger Hauptfeldwebel a.D., Niebel zurecht kommen kann, bleibt unklar, vielleicht redet man einfach aneinander vorbei.

*Zusammenstellung: alk*

# Die Stimmen für einen gesetzlichen Mindestlohn nehmen zu

Kurz vor dem 1. Mai nimmt auch die gesellschaftliche Debatte rund um das Thema Niedriglohnsektor und gesetzlicher Mindestlohn wieder zu.

## Mindestlohnkampagne von ver.di und NGG

Die Gewerkschaften ver.di und NGG haben bundesweit mit der Verbreitung von Plakaten und Infomaterialien begonnen, auf denen sie für die sofortige Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro eintreten, mit der Perspektive, diese untere Schranke möglichst rasch auf 9,00 Euro zu erhöhen. Dazu gehört auch eine ständig aktualisierte bundesweite Internetseite [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de).

Beide Gewerkschaften räumen damit auch ein, dass sie in ihren Tarifbereichen – ver.di im Bereich der privaten Dienstleistungen, Einzelhandel, Pflege- und Heilberufe, Transport, NGG im Nahrungsmittelgewerbe und im Hotel- und Gaststättenbereich – mit den Mitteln der Tarifpolitik den Fall der Löhne nach unten nicht mehr aufhalten können. Schon jetzt liegen aus ihren Bereichen viele Hinweise vor, dass z.B. Küchenbeschäftigte, Hotelbeschäftigte, Friseur:innen, Beschäftigte in Bäckereien usw.,

Fahrer:innen, Verkäufer:innen usw. mit Löhnen von 3, 4 oder 5 Euro die Stunde abgespeist werden. Bei Vollzeitjobs mit 40 Stunden pro Woche – die in diesen Bereichen ohnehin kaum noch vorhanden sind, die meisten Beschäftigten arbeiten mit Teilzeit- oder sogar Minijob-Verträgen – kämen diese Beschäftigten auf maximal 850 € brutto, d.h. netto 670 €. Wenn noch ein Kind im Haushalt ist, haben sie damit Anspruch auf zusätzliches Zahlungen nach ALG II, was auch den Finanzministern inzwischen auffällt.

Dass ein solches Lebensniveau unterhalb dessen liegt, was hierzulande als menschenwürdiger Mindeststandard für eine Vollzeitbeschäftigung gilt, zeigt ein Blick auf die Pfändungsfreigrenze. Diese gesetzliche Schranke liegt derzeit bei 985 Euro netto. Wie hoch auch immer ein Vollzeitbeschäftigter verschuldet sein mag – er darf nicht so weit gepfändet werden, dass sein Nettoverdienst unter diese Schranke fällt.

Wer also brutto nur 5 Euro die Stunde erhält, liegt fast ein Drittel unter der Pfändungsfreigrenze.

Trotzdem stehen ver.di und NGG derzeit innerhalb des DGB allein da. Innerhalb der IG Metall wachsen zwar auch die Stimmen für einen gesetzlichen

Mindestlohn, vor allem aus dem Handwerksbereich, wo inzwischen immer mehr Berichte über Löhne von 5 bis 6 Euro im Heizungsbau, bei Sanitärinstallationen oder der Möbelindustrie die Runde machen. Die offizielle Vorstandslinie ist aber noch immer anders. Die IGM will offiziell die Allgemeinverbindlichkeit für alle Tariflöhne, was in der Wirklichkeit nur wenig ändern würde. Da gleichzeitig die IG BCE-Spitze einen gesetzlichen Mindestlohn vehement ablehnt, kann der DGB, um den Streit unter den Gewerkschaften nicht zu vertiefen, sich öffentlich nur behutsam pro NGG und ver.di engagieren.

## DIE LINKE will 8 Euro

Auf ihren gleichzeitig stattfindenden Parteitage Ende April wollen jetzt auch Linkspartei.PDS und WASG eine Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn starten. Beide Parteien wollen einen Mindestlohn von 8 Euro und übertreffen damit noch die gewerkschaftliche Forderung. Die Linksfraktion hatte im Bundestag schon im Januar einen entsprechenden Antrag eingebracht, der derzeit in den Ausschüssen beraten wird (siehe Dokumente). Geplant sind u.a. Flyer, Informationsveranstaltungen

## Dokumentiert

### Die Linke: Mindestlohnregelung einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Autonomie der Tarifparteien bei der Lohnfindung ist ein hohes gesellschaftliches Gut in Deutschland. Die Tarifautonomie ist auch in Zukunft zu schützen.

In Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren zum einen Arbeitsmarktsegmente herausgebildet, in denen es keine Tarifbindung gibt. Zum anderen unterlaufen immer mehr Unternehmen aus tarifgebundenen Branchen geltende Tarifverträge.

Beides hat zur Herausbildung eines Niedriglohnsektors geführt: 6,9 Millionen Beschäftigte arbeiten derzeit zu Niedriglöhnen (die Niedriglohngrenze liegt laut Definition der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei zwei Drittel des durchschnittlichen Stundenlohns einer Volkswirtschaft). Darunter sind 3,5 Millionen Beschäftigte (davon 2,5 Millionen in Vollzeit), die sich sogar mit einem Armutslohn (weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Bruttoeinkommens) begnügen müssen.

Diese Entwicklung schwächt die Po-

sition der Beschäftigten in den Tarifverhandlungen und erhöht den Druck auf das Lohngefüge in Deutschland. Eine Fortsetzung dieses Sogs nach unten muss dringend verhindert werden. Bereits die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gebildete Bundesregierung forderte zur Verhinderung von Lohndumping und zum Schutz des deutschen Tarifmodells gesetzlich garantierte Mindeststandards für Arbeitsentgelte (Bundestagsdrucksache 15/5810).

#### II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf:

- schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass alle Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmer:innen, die in Deutschland arbeiten, einen rechtlichen Anspruch auf einen Lohn von mindestens 8 Euro/ Stunde (brutto) haben,
- in den Gesetzentwurf eine zeitlich befristete Übergangsregelung für kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung des Mindestlohnes zu integrieren. Diese Regelung soll denjenigen Unternehmen eine Hilfestellung bieten, die nachweislich nicht kurzfristig in der Lage sind, ihren Beschäftigten den Mindestlohn zu zahlen,
- die Möglichkeit zu schaffen, in Branchen die jeweils tariflich vereinbarten

Mindestentgelte, die über 8 Euro/Stunde (brutto) liegen, per Beschluss des Bundesarbeitsministers (bzw. der Landesarbeitsminister) auf Antrag einer der beiden Tarifparteien für allgemeinverbindlich zu erklären,

- gemeinsam mit den anderen EU-Regierungen die Möglichkeiten für eine europaweit koordinierte Mindestlohnpolitik zu prüfen. Diese Abstimmung sollte die Festlegung einheitlicher Kriterien zur Bestimmung der Höhe nationaler Mindestlöhne zum Ziel haben. Damit wäre ein bedeutender Schritt zur Umsetzung der in der „EU-Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ von 1989 erhobenen Forderung getan, wonach den Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmern ein gerechtes Arbeitsentgelt zu garantieren ist,
- einen jährlichen Lohndumpingbericht vorzulegen, in dem die regionalen, branchenspezifischen und beschäftigungspolitischen Ausmaße des Lohndumpings und des Missbrauchs von EU-Recht, aber auch die Auswirkungen von 1-Euro-Jobs und Mini-Jobs auf reguläre Arbeitsplätze sowie mögliche Verdrängungseffekte in Deutschland dargestellt werden (s. Bundestagsdrucksache 362/05). (Drs. 16/398, 18.1.2006, gekürzt)

gen, eventuell Plakate und andere Aktionen, mit denen die beiden Parteien für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro werben wollen. Für den 8. Mai ist eine große Anhörung im Bundestag geplant, auf der wie schon bei der Hartz-IV-Anhörung erneut mehrere hundert Teilnehmer aus zahlreichen Verbänden und Initiativen sowie den Gewerkschaften erwartet werden und auf der weitere gemeinsame Schritte im Kampf um einen gesetzlichen Mindestlohn beraten werden sollen.

Eines kann sich die Linkspartei dabei heute schon zugute halten: Ohne ihren Einzug in den Bundestag, der als klares Wählersignal gegen die weitere Ausbreitung von Armut und Billiglohn bewertet wurde, würde es die jetzige Debatte um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns so nicht geben.

#### **Grüne: Mindestlöhne nach Entsendegesetz**

Wenige Tage nach der Linksfraktion, am 14.2.2006, legte auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zum Thema vor. Der sieht zwar auch stärkere Mindestregelungen vor, will aber statt eines gesetzlichen Mindestlohns andere Mindestschranken stärken. So wollen die Grünen die Regelungen des Entsendegesetzes auf alle Branchen ausdehnen. Das hatte die alte rot-grüne Regierung schon im letzten Jahr versucht, war damit aber im Bundesrat gescheitert. Das Entsendegesetz erlaubt, einen bundesweit geltenden Tarifvertrag auf alle Erwerbstätigen in



dem entsprechenden Feld zu erweitern. Konkret hieß das bisher im Baugewerbe: Alle Beschäftigten, gleichgültig, ob ihre Firma im Arbeitgeberverband war oder nicht, ob inländische oder ausländische Firma, ob (schein-)selbstständig oder abhängig Beschäftigte, müssen den zwischen den Tarifparteien im Baugewerbe vereinbarten Min-

desttarif zahlen. (Leiharbeit ist im Baubereich deshalb sogar ganz verboten.)

Das hat auf den ersten Blick Charme, ist aber bei genauerem Hinsehen nur auf ganz wenige Bereiche übertragbar, da es außerhalb des Baugewerbes kaum bundesweite Tarifverträge gibt. Alle anderen Tarife sind regional.

Nur im Leiharbeitsbereich gibt es noch bundesweite Tarife. Der zwischen dem DGB und mehreren Zeitarbeitsverbänden vereinbarte Leiharbeitstarif ist kürzlich etwas verbessert worden. Die niedrigste Vergütung für ungelernte Leiharbeit beträgt dort jetzt 7,20 Euro pro Stunde, liegt also nur wenig unter dem von ver.di und NGG geforderten gesetzlichen Mindestlohn.

Das Problem ist aber hier: neben dem DGB-Tarif gibt es noch einen weit schlechteren, zwischen dem winzigen „Christlichen Gewerkschaftsbund“ (CGB) und kleinen Leiharbeitsfirmen ausgehandelten sogenannten „Christentarif“. Der erlaubt Stundensätze bis hinab zu 5,60 Euro. Eine Regelung für den Leiharbeitsbereich ana-

### **Bündnis 90/Die Grünen: Mindestarbeitsbedingungen mit regional und branchenspezifisch differenzierten Mindestlohnregelungen sichern**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Lohndumping und Unterbietungskonkurrenz zu Lasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten stellen ein zunehmendes Problem in Deutschland dar. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen reichen nicht mehr aus, um die rasche Verbreitung von sehr niedrigen Löhnen zu verhindern. Oftmals sind die Hürden für den einzelnen Beschäftigten zu hoch, um gerichtlich gegen Lohnwucher vorzugehen. Tarifverträge und die Regelungskraft der Sozialpartner können keinen hinreichenden Schutz gegen Fehlentwicklungen mehr bieten. Tariflich organisierte Niedriglohnbranchen nehmen genauso zu wie tariflich nicht organisierte Bereiche mit Niedriglöhnen. Deutschland muss deshalb schnell zu verbindlichen Regelungen für Mindestarbeitsbedingungen kommen.

Durch die Erweiterung der EU um neue Mitglieder im Jahre 2004 hat die

Mobilität der Arbeitnehmer zwischen den Mitgliedstaaten weiter zugenommen. Diese Entwicklung ist ausdrücklich zu begrüßen. Sie befördert das Zusammenwachsen von Europa und unterstützt das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell. Missstände und illegale Praktiken bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedsländern werden durch eine Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes weiter befördert statt verringert. Die von der Bundesregierung geplante Verlängerung der Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Bürger der neuen Mitgliedstaaten um weitere drei Jahre ist deshalb der falsche Weg. Nur durch umfassende Regelungen für Mindestarbeitsbedingungen, die für inländische wie ausländische Arbeitnehmer gleichermaßen gelten, können gerechte Arbeitsbedingungen und ein fairer Wettbewerb gesichert werden. Dies gilt umso mehr für den Fall, dass die Dienstleistungsrichtlinie in absehbarer Zeit in Kraft tritt und zu einer weiteren Öffnung der nationalen Märkte führt.

#### **II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,**

zünftig einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Lohndumping verhindert und gesellschaftlich akzeptierte Mindestar-

beitsbedingungen für inländische und ausländische Arbeitnehmer in Deutschland festlegt. Dabei müssen die Tarifautonomie gewahrt und sowohl tariflich organisierte wie tariflich nicht organisierte Wirtschaftsbereiche erfasst werden. Dies gelingt durch folgende drei Maßnahmen:

1. Der Anwendungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes muss auf alle Branchen ausgeweitet werden, um Lohndumping durch die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland zu verhindern.

2. Die Allgemeinverbindlicherklärung im Tarifvertragsgesetz muss reformiert werden, um branchenbezogene Mindestlöhne zu ermöglichen, die durch die Tarifvertragsparteien der Branche vereinbart und in der Folge auf nicht organisierte Betriebe dieser Branche übertragen werden.

3. Das Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen von 1952 muss reformiert und in seiner Anwendung vereinfacht werden, um rechtlich verbindliche Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen unter Beteiligung von Sozialpartnern und Wissenschaft in jenen Branchen zu ermöglichen, in denen eigene Tarifstrukturen nicht vorhanden sind. (Drucksache 16/656, 14.2.2006, gekürzt)

log Entsendegesetz hieße also: Die Politik müsste entscheiden, ob der Christentarif akzeptiert wird oder ob er als „Schmutzkonkurrenz“ geächtet und vom Markt verdrängt würde. Da gleichzeitig große Zeitarbeitsfirmen wie Adecco angekündigt haben, sie wollten einen Mindestlohn von maximal 4 Euro, ist damit klar: Wie immer die Politik den Leiharbeitsstarif verallgemeinern würde, sie würde Krach kriegen: entweder mit dem DGB oder mit Konzernen wie Adecco. Auch die Arbeitgeberverbände im Bereich Zeitarbeit sind zerstritten: Die großen Verbände Bundesverband Zeitarbeit und Interessenverband deutscher Zeitarbeitsunternehmen, die den DGB-Tarif zahlen, wären mit einer Allgemeinverbindlichkeit ihres Tarifs einverstanden. Der kleine Branchenverband AMP, der den Christentarif zahlt, ist strikt dagegen, dass seine Mitgliedsfirmen auf diese Weise zu einer deutlich höheren Vergütung gezwungen würden und sein Tarif quasi obsolet wird.

#### **SPD schwankt, CDU/CSU bedeckt, Arbeitgeber eher dagegen**

Ob der gesellschaftliche Druck aus Gewerkschaften, Oppositionsparteien und Verbänden ausreicht, um am Ende tatsächlich einen gesetzlichen Mindestlohn zu erzwingen, ist noch nicht sicher. Immerhin: Die Befürworter eines gesetzlichen Mindestlohns können zu Recht darauf verweisen, dass fast alle anderen EU-Staaten eine solche Regelung haben. In Großbritannien existiert ein Mindestlohn seit 1999, liegt inzwi-

schen bei 7,36 Euro und hat keineswegs steigende Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt. In Frankreich werden sogar 8,03 Euro Mindestlohn gezahlt, in Irland 7,65, in den Niederlanden 7,96 Euro. Warum sollte also ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro hierzulande nicht möglich sein?

Die faktisch durch Leute wie den Ifo-Chef Sinn, der inzwischen sogar den Durchschnittslohn auf 5,70 Euro senken will, oder BDA-Chef Hundt verbreitete Behauptung, ein deutscher Mindestlohn in Höhe des irischen Mindestlohns sei unerreichbar und würde katastrophale Verluste von Jobs nach sich ziehen, klingt vermutlich bei allen, die beim Thema menschenwürdiges Leben nicht völlig verbohrte sind, nur noch grotesk. Das Arbeitgeberlager und seine Freunde aus der Wissenschaft haben sich in ihrer jahrelangen „Löhne-senken“-Litanei dermaßen verrannt, dass ihnen selbst einfache wirtschaftliche Vorgänge wie Produkt- und Prozessinnovation und Produktivitätserhöhung völlig aus dem Hirn verschwunden sind. Anders lassen sich ihre „Argumente“ gegen einen gesetzlichen Mindestlohn nicht mehr nachvollziehen.

Wegen der anhaltenden Ablehnung aus dem Arbeitgeberlager und dessen Verbänden halten sich die beiden Regierungsparteien derzeit eher noch bedeckt. Die SPD äußert sich mal dafür, mal dagegen. Finanzminister Steinbrück ist dagegen, Fraktionschef Struck dafür, Müntefering schwankt dazwischen hin und her, könnte man derzeit

bilanzieren. Immerhin: Im Februar, als die Anträge von Linkspartei und Grünen im Bundestag vorlagen, kam von Müntefering schon mal die Überlegung, mit 6 Euro pro Stunde als gesetzlicher Mindestlohn anzufangen, um dann – in einer Frist von 3 bis 4 Jahren – diesen spürbar anzuheben. Das würde der britischen Praxis entsprechen. Dort hatte die Labour-Regierung im April 1999 ebenfalls niedrig angefangen – damals mit umgerechnet 5,29 Euro –, um dann innerhalb von vier Jahren, bis Oktober 2003, auf 6,62 Euro anzuheben. Ein ähnliches Verfahren hierzulande – Anfang mit 6 Euro, Anstieg in jährlichen Schritten von 0,50 Euro bis 2010 auf 7,50 Euro – würden die Gewerkschaften sicher auch akzeptieren.

Die CDU/CSU ist bisher gegen gesetzliche Mindestlöhne. Auf der Internetseite der CDU findet man gleich auf Seite 1 zur Zeit die folgende Aussage ihres Generalsekretärs Pofalla: „Mein Eindruck ist, das Thema ist vom Tisch“. Schließlich gebe es hierzulande 1,3 Millionen Menschen, die unterhalb der Grenze von sechs Euro Stundenlohn arbeiteten. Ein gesetzlicher Mindestlohn, der, wie von den Gewerkschaften gefordert, bei 7,50 Euro liege, habe nur einen weiteren Arbeitsplatzabbau zur Folge. Der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Ralf Brauksiepe, nannte dagegen bisher nur die von ver.di angestrebte Höhe von 7,50 Euro „illusorisch“, ist damit also nicht grundsätz-

### **Schmoldt fürchtet bei Mindestlohn das Ende der Tarifautonomie**

*Im Streit um die Einführung und die Höhe des Mindestlohnes verlaufen die Fronten nicht einheitlich. IG BCE-Chef Hubertus Schmoldt warnte, die staatliche Festsetzung von Mindestlöhnen könne die Tarifautonomie in Frage stellen.*

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Hubertus Schmoldt, sprach sich gegen einen einheitlichen Mindestlohn aus. „Ich lehne einen einheitlichen Mindestlohn ab, weil damit die Tarifautonomie ausgehebelt würde“, sagte Schmoldt dem *Handelsblatt*. Wer glaube, dass man Unternehmen einfach einen Mindestlohn vorschreiben könne, ohne dass das Angebot an einfachen Arbeitsplätzen sinke, habe die Probleme des deutschen Arbeitsmarktes nicht verstanden.

Verdi-Chef Frank Bsirske und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, plädieren dagegen für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kerfer forderte in der „Passauer Neuen Presse“ einen Mindestlohn nicht unter

7,50 Euro. Nach den Worten von SPD-Chef Matthias Platzeck leben in Deutschland zweieinhalb Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, obwohl sie Vollzeit arbeiten. „Wir können nicht mehr zugucken, dass es ganze Bereiche gibt, in denen keine Existenz sichernden Einkommen bezahlt werden“, sagte er der *Bild*-Zeitung.

#### **Struck: SPD steht vor einer Entscheidung**

Auch SPD-Fraktionschef Peter Struck betonte die Notwendigkeit eines Mindestlohns. „Die SPD wird früher oder später entscheiden müssen, ob sie einen verhältnismäßig geringen Mindestlohn als Einstieg akzeptiert, um später über Steigerungsraten zu reden. Oder ob sie sagt, ein so geringer Lohn ist weder für uns noch für die Gewerkschaften zumutbar“, sagte er der „Berliner Zeitung“.

„Ich glaube, dass es nicht sein darf, dass in Deutschland Gewerkschaften gezwungen sind, Tarifverträge von unter 5 Euro Stundenlohn abzuschließen“, sagte Struck weiter. „Bei 170 gearbeiteten Stunden im Monat kommt dann ein Bruttolohn von weniger als 850 Euro heraus. Das kann man niemandem zumuten.“ Deswegen sei er der Meinung,

„dass der Staat die Verpflichtung hat, einen Mindestlohn festzulegen, so wie es in den meisten europäischen Ländern schon der Fall ist.“ (...)

#### **Ökonom plädiert für 6 Euro**

Der Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie, Gustav A. Horn, nannte einen Mindestlohn in Höhe von 6 Euro pro Stunde realistisch. „Das ist eine Höhe, über die man reden kann. Davon kann man zwar nicht gut leben. Aber es ist zum Teil deutlich mehr als das, was derzeit für manche Tätigkeiten nach Tarif gezahlt wird“ ...

(Financial Times Deutschland, 24.2.2006)

### **Konfrontationskurs**

#### **Steinbrück gegen Mindestlohn**

*In der Öffentlichkeit hält er sich noch bedeckt. Hinter den Kulissen jedoch kämpft Bundesfinanzminister Peer Steinbrück mit großer Energie gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Er befürchtet massive Arbeitsplatzverluste.*

Berlin – Damit begibt sich Steinbrück intern auf Konfrontationskurs zu Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Ar-

lich gegen einen Mindestlohn. Auch der CDA-Vorsitzende Laumann hat in der Vergangenheit mehrfach geäußert, ein gesetzlicher Mindestlohn könne vernünftig sein.

#### **Auch im Arbeitgeberlager gibt es Stimmen pro Mindestlohn**

Auch die Positionen im Arbeitgeberlager sind keineswegs so geschlossen gegen einen Mindestlohn, wie Hundt, Sinn & Co verbreiten. Die großen Zeitarbeitsverbände sind, wie geschildert, eher dafür. Auch im Baugewerbe und im Handwerk gibt es eine wachsende Zahl von Stimmen, die für einen gesetzlichen Mindestlohn plädieren, um sich die Schmutzkonkurrenz von Firmen, die menschenunwürdige Löhne zahlen und auch ansonsten menschenunwürdig mit ihren Beschäftigten umspringen, endlich vom Hals zu schaffen. Die Berliner Handwerkskammer etwa plädierte kürzlich bei einem Treffen mit DGB-Vertretern offen für einen gesetzlichen Mindestlohn und schlug dem DGB gemeinsame Arbeitsgruppen zu diesem Thema vor. Sie hätten „verlässliche Signale aus der Regierung“, das ein Mindestlohn komme, hieß es. Hoffentlich stimmen diese „Signale“.

#### **Unterstützung aus Wohlfahrtsverbänden**

Folgt also Müntefering am Ende dem britischen Modell, oder knickt die Regierung vor dem Druck der Arbeitgeber ein? Im Herbst will die Bundesregierung mit einem Konzept sowohl für Kombilöhne wie auch in Sachen gesetzlicher

Mindestlohn an die Öffentlichkeit treten. Insofern kommt viel darauf an, ob es den Gewerkschaften, anderen sozialen Initiativen und der Linkspartei in der nächsten Zeit gelingt, eine öffentliche Meinung für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne aufzubauen. Dabei gibt es auch Unterstützung aus den Wohlfahrtsverbänden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband etwa oder der Kinderschutzbund argumentieren schon lange heftig gegen die sich ausbreitende Armut und verweisen in diesem Kontext immer wieder kritisch auf den Warenkorb, der derzeit den Beziehern von ALG II zugemutet wird. Die dort genannten und nachlesbaren amtlichen Sätze z.B. für die Ernährung und Kleidung eines Kindes, für Fahrtkosten, Bücher, Zeitungen usw. sind in der Tat menschenunwürdig. So möchte kein Mensch leben. Viele Beschäftigte müssen aber sogar trotz Vollzeitarbeit auf diesem Niveau leben. Wachsende Verschuldung, wenig bis gar keine sozialen Kontakte, kein Geld für Bildung, Erholung und gesundheitliche Vorsorge und damit oft verbundener langsamer körperlicher Verfall – all das sind die Folgen eines Lebens auf diesem Elendsniveau. Die Kritik von Verbänden wie DPWV, Kinderschutzbund usw. am ALG II kann und sollte deshalb auch genutzt werden, um eine Agitation gegen die derzeit in einigen Branchen und Regionen gezahlten Niedrigstlöhne und den damit verbundenen Lebensstandard zu entwickeln.

rül

beitsminister Franz Müntefering (SPD). Nach Informationen des SPIEGEL hat er ein Positionspapier erarbeiten lassen, in dem die Argumente gegen den Mindestlohn zusammengefasst sind. „Ein großer Teil der Beschäftigungsverhältnisse unterhalb des Mindestlohns könnte entfallen“, heißt es darin. Vor allem der Osten wäre betroffen.

„In Frankreich hat der Mindestlohn zu der hohen Jugendarbeitslosigkeit beigetragen“, schreiben Steinbrücks Fachleute weiter. Außerdem sei das Arbeitslosengeld II faktisch ein Mindestlohn, denn niemand arbeite für weniger Geld.

In einem weiteren Papier sprechen sich die Beamten auch gegen die flächendeckende Einführung eines Kombilohns im Sinne eines Zuschusses zu niedrigen Einkommen aus. Schon jetzt fördere der Staat Geringverdiener mit mehr als fünf Milliarden Euro. „Eine Ausweitung wäre fiskalisch wie auch beschäftigungspolitisch ein erhebliches Risiko.“ Um Beschäftigungserfolge zu erzielen, „müssten Lohnsubventionen bis in den mittleren Einkommensbereich bezahlt werden.“

Zumindest was das Arbeitslosengeld II als eine Art Mindestlohnersatz be-

trifft, kann sich Steinbrück schon auf Widerspruch einstellen. Gegenüber der „Financial Times Deutschland“ sprach Müntefering von rund 300.000 Menschen, die eine volle Stelle haben und dabei so wenig verdienen, dass sie ergänzende Hilfen aus dem Arbeitslosengeld II erhalten.

Hinzu kämen mehrere hunderttausend Menschen, die neben einem Teilzeit- oder Minijob ALG II bekämen. Müntefering kündigte an, er wolle das Thema in der anstehenden Diskussion über Existenzsichernde Löhne aufgreifen und im Herbst Vorschläge dazu vortragen.

#### **ifo-Institut plädiert für Kombilohn**

Unterstützung erhält Steinbrück dagegen vom Chef des Münchener ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn. Der Wirtschaftsforscher wandte sich insbesondere gegen die Kombination von Kombi- und Mindestlohn. „Das ist wie bremsen und Gas geben zugleich“, sagte Sinn dem „Focus“.

Sinn sieht das Gleichgewicht bei einem Durchschnittslohn von 5,70 Euro erreicht, etwa ein Drittel weniger als heute. (...)

(Spiegel-Online, 1. April 2006)

# **Berlusconi knapp abgewählt**

## **Diskussion über Hintergründe und Konsequenzen am Anfang**

Bis Ostern hatte Berlusconi den Wahlsieg der Opposition und seine eigene Niederlage nicht anerkannt. Dabei hatte sein eigener Innenminister das Wahlergebnis bekannt gegeben, das auch durch eine Neubewertung von ungültigen Stimmen nicht mehr wesentlich verändert werden kann. Danach hatte in der Abgeordnetenkammer das oppositionelle Bündnis *Unione* unter der Führung von Romano Prodi 19.001.684 Stimmen (49,8%) erhalten gegenüber 18.976.460 Stimmen (49,7%) für Berlusconis *Casa delle Libertà* (Haus der Freiheiten). Eine von Berlusconi herbeigeführte Wahlrechtsänderung garantiert der siegreichen Koalition eine Mindestzahl von Sitzen. Deshalb hat die Mitte-Links-Koalition trotz des äußerst knappen Stimmenergebnisses eine Mehrheit von 348 zu 281 Abgeordneten. In der zweiten Kammer, dem Senat, führt Mitte-Links mit nur zwei Stimmen (158:156).

Entgegen allen Feststellungen des Staatspräsidenten und des für die Wahl zuständigen Innenministeriums hat Berlusconi von „Wahlbetrug“ gesprochen und von „zu vielen dunklen Seiten“ des Wahlergebnisses und gefordert: „Das Wahlergebnis muss sich ändern“. Kritische Beobachter, z.B. in der Zeitung *il manifesto*, sehen darin mehr als eine Art kindische Trotzreaktion. Sie sehen ein Spiel auf Zeit mit erheblichen Risiken. So wird der Auftrag zur Regierungsbildung erst nach der Neuwahl des Staatspräsidenten am 13. Mai erfolgen, was Berlusconi die Möglichkeit gibt, bis in den Juni im Amt zu bleiben. Mancher hält für möglich, dass politische Erschütterungen wie z.B. ein schweres Attentat einen Notstand herbeiführen könnten, den Berlusconi erlauben könnte, „im nationalen Interesse“ die Regierungsgeschäfte weiter zu führen. Und die italienische Nachkriegsgeschichte kennt zahlreiche Attentate, mit denen auch staatliche Stellen in Verbindung gebracht werden ...

Die Kehrseite von Berlusconis Weigerung, das Wahlergebnis anzuerkennen, ist seine Forderung nach einem „Großen Koalition“ nach deutschem Vorbild. Damit könnte er in der Regierung verbleiben und faktisch ein Vetorecht gegen unliebsame Gesetzesvorhaben ausüben.

Prodi und die meisten anderen Kräfte der Unione lehnen eine Große Koalition oder größere Vereinbarungen mit der Gegenseite ab. Prodi will mit einer eigenen Regierung das Programm der Unione aus dem Wahlkampf, eine 280-seitige Übereinkunft, umsetzen. Dazu zählt auch der Rückzug der italienischen Truppen aus dem Irak zum technisch schnellstmöglichen Zeitpunkt, in jedem Fall in diesem Jahr.

Die Bedingungen für eine Reformpolitik sind trotz der deutlichen Mehrheitsverhältnisse in der Abgeordnetenkammer schwierig. Das Verhältnis der abgegebenen Stimmen spiegelt ein politisches Patt in der Gesellschaft wider. Kann erfolgreich regiert werden, wenn das rechte Lager so stark und das eigene Bündnis von Christdemokraten über Linksdemokraten bis hin zu Kommunisten so unterschiedlich ist? In der Diskussion wird auch an die Position der Kommunistischen Partei unter Berlinguer Anfang der 70er Jahre erinnert. Damals wurde unter dem Eindruck des Militärputsches in Chile und mit Blick auf einen Historischen Kompromiss eine breitere Mehrheit für eine Regierung vorausgesetzt. Das hält Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione comunista (PRC), heute nicht für zutreffend. Rifondazione hat übrigens innerhalb der Mitte-Links-Koalition am deutlichsten hinzugewonnen und mit 5,8% in der Abgeordnetenversammlung ein gutes und mit 7,4% im Senat ein ausgezeichnetes Ergebnis erzielt. Bertinotti erklärte also in einem Interview zur Frage der Regierungsbeteiligung: „Heute ist die Situation völlig anders. Jene Parteien (Christdemokratie, PCI – rok), jene Parteiformen gibt es nicht mehr ... Heute wird das Wahlergebnis ein Mandat für die Parteien, die an der Koalition teilnehmen. Es ist ein Auftrag zu regieren und jedenfalls das Programm umzusetzen, mit dem du dich zur Wahl gestellt hast. Man kann sagen, was man will, aber der Auftrag scheint mir klar: Die Unione muss regieren ... Aber Achtung: Was man auf der parlamentarischen Ebene realisiert, ist eine Sache, was in der Gesellschaft passiert, ist etwas anderes ... Damit will ich sagen, dass man mit einer Stimme Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung regiert, aber mit 51% realisiert man nicht die Reformen in der Gesellschaft. Ich denke freilich nicht an eine Logik von Volksabstimmungen auf Schritt und Tritt. Ich denke aber, dass das, was im Parlament mit einer knappen Mehrheit durchgehen kann, dann mit einer viel breiteren Zustimmung leben muss. Einer Zustimmung, die sich in tausend Formen von Teilnahme ausdrücken kann: von der Auseinandersetzung bis zu den Stellungnahmen der örtlichen Verbände bis hin zu vielen anderen Formen, die man sich ausdenken muss. Jedenfalls wird es gerade im Sozialen sein, wo es um die Fähigkeit zur Hegemonie

geht, darum, zum Motor der Veränderung zu werden. Um es noch klarer zu sagen: Mit 51% kannst du die Normen verändern, die die lebenslange Prekarität einer ganzen Generation etablieren. Aber um das zu verändern, wirklich zu reformieren, brauchst du die Zustimmung von 60, 70% des Landes“.

Gerade erst begonnen hat auch die Diskussion, welche gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen dieses Wahlergebnis möglich gemacht haben. Das heißt, nicht nur den hauchdünnen Vorsprung von Mitte-Links, sondern auch das unerwartet starke Abschneiden von Mitte-Rechts. Schließlich hatten die Meinungsforscher Mitte-Links deutlicher vorne. Außerdem hat Berlusconi einen äußerst polemischen, beleidigenden und polarisierenden Wahlkampf geführt, den viele als widerwärtig empfunden haben. Auch ein Teil des bürgerlichen Lagers wie der Industriellenverband, Banken, große Zeitungen hatten sich gegen Berlusconi gewandt, allerdings nicht der Vatikan. Berlusconi hat jede Trennungslinie zu den Faschisten aufgegeben, Teil seines Bündnisses waren auch die Alternativa sociale der Duce-Enkelin Alessandra Mussolini und die faschistische Fiamma tricolore. Seine Regierungsbilanz war schlecht, die Präsenz italienischer Soldaten stark in der Kritik und die wirtschaftliche Lage des Landes niederschmetternd. Und doch hat Berlusconi mit seiner Allianz fast jede zweite Stimme geholt und seine eigene Position in der Rechtskoalition eher noch gestärkt. Die Rechten hat erneut die entwickeltsten Regionen im Norden dominiert, aber auch in den zunehmend bedrohten Peripherien im ganzen Land zugelegt. Ein bedrückendes Ergebnis und eine harte Nuss auch für die linke Analyse und Kritik, die sich damit schwer tut.

In einzelnen Beiträgen der Zeitung il manifesto wird etwa vertreten, dass die alten Kategorien der Analyse von einem reichen Oben und einem armen Unten in Italien so nicht mehr gelten, sondern dass in der gesellschaftlichen Realität die Lebensverhältnisse häufig von komplizierten Verflechtungen von Arbeits-einkommen, Renten, kleinen Renditen und kleinen Ersparnissen geprägt sind. Dass es Berlusconi anscheinend gelungen ist, größere gesellschaftliche Bereiche, die von kleinem und bedrohtem Eigentum geprägt sind, anzusprechen. Und dabei auch viele Menschen in prekären Verhältnissen, die eine linke Politik unter dem Motto der Umverteilung als eine Bedrohung ihrer eigenen Interessen wahrnehmen. Dabei wird vermutet, dass besonders die Steuerpolitik, auf die sich Berlusconi in der letzten Wahlkampfphase geworfen hat, eine zentrale Rolle spielte. Die Linke habe keine präzise Vorstellung von einer Senkung der Steuern auf Arbeitseinkommen entwickelt und fälschlicherweise

die Einführung einer Erbschaftssteuer auf das erste Haus/Wohneigentum vorgeschlagen – in einem Land, in dem 80% der Bürger Wohneigentum besäßen. Das habe Berlusconi ermöglicht, mit einer hemmungslosen Steuerpropaganda Punkte zu machen von der Art: bei mir braucht ihr keine Steuern zu zahlen, aber die Kommunisten von Mitte-Links ziehen euch über die Steuern noch das letzte Hemd aus.

Zur Illustration der Diskussion nochmals eine Passage mit ähnlicher Stoßrichtung aus dem Interview mit Bertinotti von Rifondazione comunista:

„Es ist sicher politisch ein gespaltenes Land, aber sozial zerklüftet, zerklüftet scheint mir die richtige Definition zu sein. In dem Sinne, dass die politische Spaltung, die klar und unzweideutig ist, keine Spaltung im täglichen Leben mit sich bringt. Man stimmt unterschiedlich ab, man hat vielleicht zwei gegensätzliche Lebensentwürfe, aber dann trifft man sich wieder bei der Arbeit, in der Bar, im Stadion. Tatsächlich scheint mir also ein Phänomen vorzuherrschen, das ich Lust auf Gemeinschaft nennen würde. In diesem Sinn ist die Definition vom gespaltenen Italien nicht sehr genau. Diese Trennungslinie gilt also für die Wahlen, nicht für den ganzen Rest ... Allerdings sehe ich eine Teilung. Sie ist nicht klar in dem Sinn, dass sie mehr unterirdisch ist. Aber nur, weil sie wenig erforscht ist ... Ich würde sie die Teilung zwischen dem Oben und dem Unten der Gesellschaft nennen“. Worin besteht das Unten? „Das ist wirklich schwierig zu beantworten, weil es Bruchstücke der Gesellschaft sind, ich würde sie vielleicht ‚Schwarze Löcher‘ der Gesellschaft nennen, ... wo die Soziologie noch nicht angekommen ist. Wir haben nicht die Instrumente, um sie zu erforschen. Andere sind darauf nicht neugierig ... Ich denke dabei an manche Industriebe-reiche, gerade am Rand jener Industrie-zonen des Nordens, wo übrigens die Rechten wieder gewinnen konnten, ich denke an manche Fabriken, die wenig oder nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Die Genossen haben mir erzählt, dass dort die Arbeiter unsere Flugblätter ablehnen. Also Leute, die aller Dinge beraubt sind. Sicher ihres letzten Hemds, weil sie nicht einmal das Recht haben, sich zum Schutz bei der Arbeit zu organisieren. Aber noch von mehr beraubt: von ihrem Recht, eine sichere Zukunft zu denken. Und das bringt sie dazu, auch dich wie einen Fremden anzusehen. Du, der vielleicht eine sichere Arbeit hat, der vielleicht wie ein Beamter aussieht, der vielleicht redet, aber in politischer Hinsicht einige Privilegien genießt. Das ist das Unten, von dem ich gesprochen habe“. Und ist es dieses Unten, das fast zwei Millionen Stimmen mehr als bei den letzten Regionalwahlen in die Kassen der Rechten gebracht hat? „Ja, wenigstens zum Teil“. rok



Die Demonstrationen gegen die Kriminalisierung der Einwanderer ohne Aufenthaltsstatus reißen nicht ab; die Bewegung ist inzwischen zur größten koordinierten dezentralen Protestbewegung in der Geschichte der USA geworden. Am 10. April demonstrierten Berichten zufolge in 120 Großstädten und kleinen Orten nahezu 2 Millionen Menschen, darunter rund 500.000 in Dallas, für die vollständige Legalisierung aller Einwanderer (Bilder aus Washington: links: Bauarbeitergruppe aus Fredericksburg, rechts: koreanische Musikgruppe). In verschiedenen Städten, so in Chicago und Atlanta, legten Arbeiter



die Arbeit nieder. In Kalifornien setzten Zehntausende Schülerinnen und Schüler den Schulstreik fort. In den Medien herrscht das Erstaunen vor, dass es erstmals gelang, praktisch alle in den USA lebenden Latinos zu gemeinsamen Aktionen zu mobilisieren, die zudem von zahlreichen anderen Communities, afrikanischen und koreanischen insbesondere, unterstützt werden. Die beiden Parlamentskammern können die Bewegung schon längst nicht mehr ignorieren. Ein so genannter „Kompromissvorschlag“, der in den letzten Wochen zwischen einigen Republikanern und Demokraten erarbeitet wurde, ist inzwi-



schon gescheitert. Der Vorschlag sah eine abgestufte Form der Legalisierung vor: Rund 8 Millionen „Illegale“, die seit mehr als fünf Jahren in den USA leben, hätten danach nach Zahlung von Bußgeldern und anderen Auflagen die Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung und nach weiteren fünf Jahren die Einbürgerung erhalten können, die anderen rund drei Millionen wären aus dem Land gewiesen worden und hätten dann im Rahmen eines „Gastarbeiterprogramms“ eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung beantragen können. Quelle: Indymedia USA u.a.

## Großbritannien: Internierte Flüchtlinge im Hungerstreik

Nach Demonstrationen der Bewegung „No border“ am 8. April vor den Internierungslagern in Colnbrook und Harmondsworth nahe dem Flughafen Hea-



throw sind in Colnbrook 150 internierte Migranten in einen Hungerstreik getreten. Die Demonstrationen fanden unter scharfer Bewachung der Polizei statt, die jeden Hör- und Sichtkontakt zwischen Demonstranten und Internierten zu unterbinden suchte. Im Lager Colnbrook ging das private Wachpersonal brutal gegen die Gefangenen vor. Ihnen wurde untersagt, sich an die Fenster zu stellen oder auf den Sportplatz zu gehen. Einige Gefangene wurden geschlagen. Daraufhin traten 150 Gefangene in den Hungerstreik, einige verweigerten auch das Trinken. Bei Redaktionsschluss befanden sich noch 100 im Hungerstreik. Anders als früher, als Internierte bei Protesten umgehend in Isolationszellen verlegt wurde, hat das Innenministerium angekündigt, die Be-

schwerde der Internierten an Ort und Stelle zu überprüfen. (Quelle und Bild: Indymedia UK)

## In drei Monaten starben 1.200 Flüchtlinge bei dem Versuch, die Kanaren zu erreichen

Nach Angaben des in seinen Schätzungen eher zurückhaltenden Roten Kreuzes sind in den ersten drei Monaten dieses Jahres über 1.200 Menschen bei ihrer Flucht in Richtung Kanarische Inseln zu Tode gekommen. Viele Immigranten werden „vom Meer verschlungen“. Ihre Boote sind für den rauen Seegang nicht gebaut und sinken irgendwann auf der rund 800 km langen Reise von der mauretanischen Küste zu den Kanaren. Andere werden abgetrieben, sie verhungern und verdursten. Nachdem die Kanaren als Fluchtziel in den letzten Jahren an Bedeutung verloren hatten, weil viele Flüchtlinge den Weg nach Europa über Marokko und die spanischen Enklaven Ceuta und Mellila suchten, hat die drastische Verschärfung des Grenzregimes und die unbarmherzige Abschiebung von Flüchtlingen, die es nach Ceuta und Mellila geschafft hatten, wurde der Fluchtweg über Mauretanien und die Kanaren wieder wichtiger. Aber auch das „Schlupfloch“ Mauretanien, wo in den Küstenregionen manchmal bis zu 30.000 Menschen auf ihre Chance warten, ein Boot Richtung Europa zu ergattern, will die EU schnellstens verstopfen. Schon legt spanisches Militär Hand an, um neue Internierungslager für Flüchtlinge in Mauretanien zu errichten. Spanien liefert

auch wie schon bei Marokko Schnellboote, baut Überwachungsposten, trainiert Personal und gibt finanzielle und logistische Unterstützung. Die mauretanische Grenzpolizei wurde neues Mitglied im EU-Grenzsicherungsprojekt „Seepferdchen“. (Quelle: ND, 6.4.)

## Österreich: „Das Recht auf Familienleben ist unteilbar!“ (Art. 8 EMRK)

Gut 100 Tage nach Inkrafttreten des neuen Fremdengesetzes hat die Initiative „Ehe ohne Grenzen“, ein Zusammenschluss von internationalen Paaren in Österreich, zu einer Kundgebung am 19.4. vor dem Innenministerium unter der oben zitierten Parole aufgerufen. „Das Fremdengesetz verhindert, dass wir hier gemeinsam in Ruhe mit unseren PartnerInnen und Kindern leben können“, heißt es im Aufruf. Sie müssen entweder in ihr Herkunftsland zurück, um von dort eine Niederlassungsbewilligung in Österreich zu beantragen, oder sie müssen den Ausgang ihres Asylverfahrens abwarten und werden mit einem absoluten Arbeitsverbot belegt. Durch fehlende Übergangsregelungen, massive Desinformation und Verschleppung der Verfahren werden Hunderte Asylbewerber, die mit einem österreichischen Partner verheiratet sind, in die Illegalität gedrängt und sind von der Abschiebung bedroht. Die Initiative fordert u.a. ein Aufenthaltsrecht für die EhepartnerInnen und wehrt sich gegen Abschiebehaft und Abschiebung. (Quelle: <http://no-racism.net>)

Zusammenstellung: scc

HAMBURG: Über 20.000 Menschen beteiligten sich am diesjährigen Ostermarsch. Kundgebungen und Demonstrationen fanden in 83 Städten statt, einige mit nicht mehr als zwei Dutzend, andere – wie in Hamburg (Bild), wo sich anschließend mehrere hundert Menschen an einem Friedensfest beteiligten – mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Rund 12.000 Menschen sogar, so viel wie noch nie, wurden bei der 100. Protestwanderung gegen das „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide in Brandenburg gezählt. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen standen der Atomkonflikt zwischen USA/EU und Iran und die Forderung nach einer friedlichen Lösung wie die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten. Das Beispiel Irak habe gezeigt, dass Krieg keinen Frieden schafft und Terror nicht beseitigt. Während im letzten Jahr die Kritik der EU-Verfassung einen Schwerpunkt bildete, kam die Militarisierung der EU, die ungeachtet des Scheiterns der Verfassung zügig forciert wird, eher selten zur Sprache. scc



### Aktionsbündnis Landmine kritisiert Haushaltswurf des Bundes

BERLIN. Am 4. April, dem „Internationalen Tag für Aufklärung über Minenfahren und Unterstützung von Minenräumprogrammen“ der Vereinten Nationen, kritisierten die im „Aktionsbündnis Landmine.de“ zusammengeschlossenen deutschen entwicklungspolitischen NGOs die im Bundeshaushalt geplanten drastischen Kürzungen der Mittel für humanitäre Minenräumprogramme. Wie es heißt, soll der entsprechende Etat von derzeit 18 auf 12 Millionen Euro gekürzt werden. Mit der 1999 in Kraft getretenen völkerrechtlichen Ächtung von Antipersonen-Minen haben die Mitgliedstaaten auch die Verpflichtung unterzeichnet, die Welt innerhalb von 10 Jahren von Minen zu befreien und den Opfern mit umfassenden Hilfen zur Seite zu stehen. Schon jetzt ist absehbar, dass diese Ziele nur dann erreichbar sind, wenn die Anstrengungen dazu erheblich gesteigert würden. Etwa 5 Millionen der ca. 100 Millionen vergrabenen Landminen konnten in den letzten fünf Jahren geräumt werden. <http://landmine.de>

### Voller Erfolg im Widerstand gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch

MANNHEIM. Über 1.000 Menschen demonstrierten am 8. April unter der Losung „Eine Region wehrt sich – Gegen Holocaust-Leugner, gegen Nazi-Aufmärsche und gegen Gewalt!“ Ca. 70 Organisationen hatten sich dem Aufruf des Bündnisses gegen Rechts angeschlossen. Der Nazi-Aufmarsch zur Unterstützung des Holocaust-Leugnerns Ernst Zündel war von der Stadt Mannheim verboten worden, und dieses Verbot hatte auch letztinstanzlich vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand. Die Demonstration und anschließende Kund-

gebung mit Kulturfest war somit eine Freudenmanifestation, dass es erneut gelungen war, in Mannheim einen Nazi-aufmarsch zu verhindern. Dafür war mit Sicherheit die Breite des Bündnisses wie auch die klare und entschiedene Stoßrichtung des Bündnisses maßgeblich, notfalls auch durch Straßenblockaden den Aufmarsch zu unterbinden. Am Vorabend hatten auf Initiative des JUZ-AK Antifa ca. 300 Leute demonstriert unter dem Motto „Nicht verleugnen, nicht verdrängen, nicht verwerten. Mit Deutschland engültig brechen.“ Auch diese Veranstaltung verlief absolut friedlich, obwohl das Polizeiaufgebot als in höchstem Maße provozierend empfunden werden musste.

Aus Kommunal-Info Mannheim – tht

### „Burschis aus der Deckung holen – den rechten Konsens anfechten!“

GREIFSWALD. Rund 200–300 Menschen demonstrierten am 8. April unter dem Motto: „Burschis aus der Deckung holen – Den rechten Konsens anfechten!“ in Greifswald. Die Demo war Bestandteil einer Reihe von Aktivitäten, die auf den extrem reaktionären Charakter der Greifswalder Burschenschaften und de-



ren Verstrickungen mit der örtlichen Neonaziszene aufmerksam machten. Die Reaktion der Burschenschaften auf die Kampagne fiel unterschiedlich aus. Während die Markomannia in einem Brief an den Bürgermeister alle Vorwürfe abstrikt und um Polizeischutz bat, gab es von der Rugia keine öffentliche Stellungnahme. Die brauchte es auch nicht. Rund 20 Neonazis, die sich in unmittelbarer Nähe zur Rugia postierten, waren Stellungnahme genug.

[www.burschis-anfechten.tk](http://www.burschis-anfechten.tk)

### Defizite in der Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt

ROSTOCK. Als landesweit aktive Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt begrüßt LOBBI e.V. ausdrücklich die Verabschiedung eines Landesprogramms, das sich die Bekämpfung von Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern zur Aufgabe macht. „Wir sehen in diesem Programm eine Weiterentwicklung des bisherigen Handlungsrahmens. Deutlich wird für uns ein gesteigertes Problembewusstsein der Landtagsfraktionen in Bezug auf Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, das nicht zuletzt den bevorstehenden Landtagswahlen und der Gefahr eines Einzugs der NPD in den Landtag geschuldet sein dürfte.“ LOBBI e.V. macht aber auf einige Defizite aufmerksam: So wird dem Umgang mit den Betroffenen lediglich ein eher unverbindlicher Satz gewidmet, Forderungen an gesellschaftliche AkteurInnen auf lokaler, regionaler und Landesebene, sich mit den Betroffenen öffentlich zu solidarisieren, fehlen ebenso wie die Aufforderung, diesen in konkreten Bedrohungssituationen couragiert beizustehen. „Außerdem hätten wir uns eine Aufforderung an Polizei und Justiz, die rechtsextreme Motivation bei rechter Gewalt klarer zu benennen bzw.

deutlicher herauszuarbeiten, gewünscht.“ Nicht hinnehmbar ist, dass im Programm das Problem eines immer deutlicher werdenden Antisemitismus mit keinem Wort erwähnt wird. Zwar wird eine bessere Integration von MigrantInnen als Ziel benannt, die nach wie vor stigmatisierenden Lebensbedingungen für Flüchtlinge jedoch nicht thematisiert. Zwar ist von dem Ziel die Rede, die Demokratiefähigkeit Jugendlicher sowie ihre Selbstorganisation zu stärken. „Eine Würdigung des jugendlichen Engagements gegen eine zunehmende jugendkulturelle Einflussnahme von rechts sowie konkrete Maßnahmen zur Unterstützung selbstverwalteter nichtrechtlicher Jugendkultur wäre jedoch ebenfalls wünschenswert gewesen.“

*www.lobbi-mv.de*

## Kieler Flüchtlingsorganisationen fordern Türkei-Abschiebestopp

KIEL. Anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz im Kieler Landeshaus zogen VertreterInnen des Flüchtlingsrats, kirchlicher und anderer Organisationen eine Zwischenbilanz zur aktuellen Lage in der Türkei:

Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der nordelbischen Kirche, fasste die prekäre Situation binnenvertriebener oder der in die Türkei abgeschobenen Flüchtlinge wie folgt zusammen: Entschädigungsmaßnahmen für Zerstörungen ganzer Dörfer wurden nie umgesetzt, Gesundheitsversorgung fehlt in den meisten kurdischen Gebieten, wenige sind krankenversichert, Schulen schließen weiterhin kurdische Kinder aus, Abgeschobene oder Zurückgekehrte leben unter erbärmlichen Bedingungen.

Migrationssozialberaterin Leman Rüschemeier aus Bargteheide berichtete über den Fall der kurdischen Familie Özdemir, die aus Norderstedt im Mai-Juni vergangenen Jahres abgeschoben worden war und bis heute weder ein eigenes Dach über dem Kopf, Zugang zu medizinischer Versorgung noch ein gesichertes Einkommen hat. Stattdessen werden die schwer traumatisierten Eltern weiterhin von Nachstellungen der Polizei bedrängt.

Astrid Willer, Mitarbeiterin des Flüchtlingsrates und vor wenigen Tagen von einer Delegationsreise in die kurdischen Gebiete der Türkei zurückgekehrt, berichtete über dort geführte Gespräche: Türkische und kurdische Hilfsorganisationen fordern vergeblich Reintegrationsmaßnahmen für kurdische Flüchtlinge und beklagen eine exorbitant hohe Selbstmordrate insbesondere unter kurdischen Frauen. In den kurdischen Städten herrscht eine Arbeitslosigkeit von 70%. Aus Europa zurückkehrende Flüchtlinge fallen in der Türkei ins Nichts.

Leyla Akkus, und Hassan Kavak von

der Deutsch Kurdischen Gesellschaft Kiel forderten von der bundesdeutschen Politik und der EU, den diplomatischen Druck zu erhöhen und sich für ein Ende der gegen die kurdische Zivilgesellschaft gerichtete Gewalt türkischer Sicherheitskräfte einzusetzen. – Angesichts der bekannten Fakten fordert der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein die Landesregierung auf, sich beim Bund für einen umgehenden Türkei-Abschiebestopp stark zu machen. *www.frsh.de*

## 6-monatiger Abschiebestopp nach Togo von Mecklenburg-Vorpommern

SCHWERIN. Vom 11. April bis zum 10. Oktober 2006 hat das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern alle Abschiebungen nach Togo ausgesetzt. Innenminister Gottfried Timm (SPD) begründete dies damit, dass es nicht möglich gewesen sei, sich ein klares Bild über die Sicherheitslage in dem westafrikanischen Land zu machen. Vorausgegangen war die „Sachverständigenanhörung“ im Innenausschuss des Schweriner Landtags, wo alle geladenen Sprecher sich unmissverständlich gegen die Abschiebungen aussprachen und ein sehr klares Bild über die Sicherheitslage in Togo zeichneten. Fazit der Sachverständigen war, dass in Togo niemand seines Lebens sicher sein kann, insbesondere nicht diejenigen, die dem Regime kritisch gegenüber stehen. Die „Internationale Kampagne gegen die Diktatur in Togo und anderen afrikanischen Ländern“ begrüßt die Entscheidung des Bundeslands als konkretes Ergebnis des engagierten Kampfes der togoischen AktivistInnen für ihre Rechte: „Weitere Schritte auf der Ebene der anderen Bundesländer müssen jetzt folgen und ein bundesweiter Abschiebestopp ist gefordert. Der Bundestag, der sich zur Zeit mit einer entsprechenden Petition befasst, ist aufgefordert, dem Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns zu folgen. Es reicht nicht aus, die Abschiebungen nur auszusetzen. Das Menschenrecht auf Asyl muss dahingehend zur Geltung gebracht werden, dass den Diktaturflüchtlingsen ein gesichertes und dauerhaftes Aufenthaltsrecht garantiert wird.“ *www.thecaravan.org*

## „Kurze Wege für kurze Beine“ – Für bessere Lernbedingungen

LEIPZIG. Die Mitglieder des Vereins „Zukunft braucht Schule“ haben am 8. April einen Volksantrag unter der Überschrift „Kurze Wege für kurze Beine“ beschlossen. „Im Angesicht des Ende des vergangenen Schuljahres erfolgten katastrophalen Kahlschlags an Sachsens Schulstandorten und der weiteren für Ende dieses Schuljahres bereits wieder geplanten Schulschließungen, wollen wir auf diesem Wege den Interessen von Schülern, Eltern und

Lehrern eine machtvolle Stimme verleihen. Das vorrangige Ziel des Volksantrages ist es, wohnortnahe Schulen zu erhalten bzw. bereits erfolgte Schulschließungen zu hinterfragen. Mit dem verfassungsmäßigen Mittel des Volksantrages wollen wir gegenüber der Staatsregierung das Recht unserer Kinder auf eine bestmögliche Bildung und angemessene Schulwege durchsetzen.“

*www.zukunftbrauchtschule.de*



## Soziokulturelles Zentrum Ex-Steffi geräumt – Repressionen in Karlsruhe

KARLSRUHE. Am 6. April räumte die Polizei gewaltsam das seit 15 Jahren besetzte Ex-Steffi. Bundesweit sowie in Österreich gab es zahlreiche Protestaktionen und Solidaritätsbekundungen. Mit der Räumung der Ex-Steffi ist nun das letzte besetzte, autonome, soziokulturelle Zentrum in Süddeutschland Geschichte. Seit 15 Jahren war die Ex-Steffi besetzt. Über lange Zeiträume gab es Duldungsverträge und bis zum Schluss machte die Stadt den BewohnerInnen Hoffnungen auf einen Kompromiss. Am 6.4.06 wurde dann das selbstverwaltete Wohn- und Kulturprojekt Ex-Steffi in Karlsruhe von einem massiven Polizeiaufgebot mit Unterstützung des SEK geräumt und Leute mit mehreren Tagen Platzverweis belegt. Seitdem ist ein sehr hohes Polizeiaufgebot in der Stadt und ständig werden mutmaßliche Ex-Steffi SympathisantInnen regelrecht observiert und verfolgt. Dies führt zu ständigen Kontrollen, Gewahrsamnahmen und Platzverweisen. Nach der Konzertankündigung für den 14. April wurden verschiedene Lokalitäten und Personen von der Polizei bedroht und ausgefragt, unabhängig davon, ob sie etwas mit der Ex-Steffi zu tun haben oder nicht. So wurde bereits von der Polizei angekündigt, das Konzert für den Abend 14.4. aufzulösen. Auch die stattdessen geplante Kundgebung „Gegen Repression und Tanzverbot“ wurde verboten.

*www.exsteffi.de*

Zusammenstellung: baf

# Schulkampf in Bayern

Die kulturelle Vielfalt, die in der internationalisierten Welt der Wirtschaft vorliegt, bildet sich auch in den kleineren Räumen der sozialen Lebenswelt ab. So wird die Fähigkeit zur Zusammenarbeit bei bestehenden kulturellen Differenzen zum tragend wichtigen Kulturgut. Die Familien, in denen bei der Primärsozialisation die Weitergabe von Traditionen und Werten an die folgende Generation eingeleitet wird, können dieses Kulturgut nur ganz abstrakt als Wert der Toleranz vermitteln. Und das wäre schon viel, denn es ist fast unmöglich, eine solche Familienkultur zu praktizieren ohne die feste Überzeugung zu produzieren, Schweinebraten sei nicht nur üblich, sondern vorzüglich, bzw. nicht nur unüblich, sondern ekelhaft. In der Welt der Erwachsenen sorgen die Erfahrungen im Arbeitsleben und der Blick in die Gesellschaft für praktische Gegengewichte, so dass sich lächerlich macht, wer eigene Lebensart zum Allgemeingut stilisieren will. Aber das Kind muss aus der engen Gemeinschaft der Familie erst herauswachsen. Die Einrichtungen der Kinderbetreuung und die Gestaltung der ersten Schuljahre bieten entweder einen Raum, in dem die Differenz zwischen der engen Gemeinschaft und der weiten Gesellschaft anschaulich und praktisch wird, oder sie versagen. Solches Versagen ist nicht einfach zu bemerken. Es hat mit der Ausbildung nicht unmittelbar zu tun, bei der es um die Übertragung von Kenntnissen, Urteilsvermögen und wirksamen Praktiken geht. Ausbildung kann in einer sehr eng gefassten Bekenntnisgemeinschaft mit achtbaren Ergebnissen erfolgen, besonders wenn – wie es auch in der Familie möglich ist – Toleranz wenigstens abstrakt vermittelt wird. Diese Art von Einrichtungen ist ihrerseits tolerierbar und wird auch von den Gesetzen zugelassen. Sie können aber nur funktionieren, wenn die Hinwendung zu dem entsprechenden Bekenntnis nicht aufgezwungen wird. Da bei weitem nicht alle Familien ein Bekenntnis derart ausleben, dass die Wahl einer katholischen, einer antroposophischen oder muslimischen Schule sich von selbst versteht, hat sich das öffentliche Schulwesen in Richtung eines säkularen Schulwesens entwickeln müssen.

Gegen diese Entwicklung gehen die Konservativen jetzt vor. Damit wird aus der öffentlichen Schule eine Bekenntnisschule, die eine staatlich definierte Leitkultur zu vermitteln hat. Und weil

**www.verdi-bayern.de** „... ver.di spricht sich klar gegen Gewalt aus und weist darauf hin, dass Gewalt an Schulen kein Problem ist, das primär mit der Staatsangehörigkeit zusammenhängt. Vielmehr sind soziale Unterschiede und verweigerter Respekt – auch gegenüber der Situation von Jugendlichen – Auslöser für Gewalt. ver.di fordert deshalb eine Umgestaltung der geplanten Maßnahmen:

1. Deutschtest für ausländische Kinder: Wenn dieser Test eingeführt wird, sollte dies für alle Kinder der Fall sein, um frühzeitig auf Sprachdefizite reagieren zu können.
2. Sprachunterricht im letzten Kindergartenjahr: Kinder müssen gefördert werden, um bei Einschulung über einen annähernd gleichen Grundwortschatz zu verfügen. Deshalb können ihre Sprachkenntnisse mit bis zu 160 Stunden unterstützt werden.
3. Betreuung durch Förderschulen bei mangelnden Sprachkenntnissen: Förderschulen haben den Auftrag, besonderen Handikaps durch spezielle Förderung zu begegnen; sie sind nicht geeignet, um Sprachdefizite auszugleichen. Stattdessen ist im Rahmen der ersten Klasse eine spezielle Sprachförderung einzuführen.
4. Bestrafung von „Integrationsverweigerern“: Eine Extraregelung für ausländische Mitbürger lehnt ver.di ab. Stattdessen sind – wenn überhaupt – Regeln der allgemeinen Schulpflicht zu bemühen.
5. Vorzeitiger Schulausschluss von notorischen Störern: Mit dieser Regelung gibt der Ministerpräsident einen Teil der jungen Generation auf und schafft Problemfälle in der Zukunft. Er löst damit das Problem auf Kosten der nächsten Generation, statt den jungen Menschen einen Weg in unsere Gesellschaft zu weisen.“

**www.bay-staedtetag.de**: „Der verabschiedete Gesetzentwurf entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Spargesetz zulasten der Kommunen als Träger der Jugendhilfe. Ihnen werden künftig die ausgeschlossenen Schüler kurzerhand vor die Tür gesetzt. Der Staat ist auch nicht bereit, die prognostizierten Kosten von 516.000 Euro pro Jahr zu übernehmen. Schaidinger: „Viele Städte bezahlen bereits auf eigene Rechnung Sozialpädagogen an den Schulen, um die Probleme im Vorfeld in den Griff zu bekommen. Zum Dank dafür entzieht sich der Freistaat jetzt voll seiner Verantwortung für die Problemschüler.“

Die Städte fordern den Freistaat Bayern auf, statt der angestrebten Sparlösung mehr Sozialpädagogen und Psychologen an Schulen einzustellen und zusätzliche eigene Beschulungsmaßnahmen und -konzepte für nachhaltig störende Kinder und Jugendliche vorzusehen.“

**www.bayern.awo.de**: „Der Landesvorsitzende der Ar-

beitswohlfaht in Bayern, Thomas Beyer, rechnet der Staatsregierung vor, dass bisher zuwenig unternommen wurde, um die Chancen für ausländische Mitbürger auf eine Integration zu verbessern ... Im Zuwanderungsgesetz wird ein Angebot von 600 Stunden Sprachkurs und 30 Stunden Staatsbürgerkunde in erster Linie für Neuzuwanderer vorgehalten. Neuzuwanderer gibt es aber in Bayern kaum noch. Grund: Die Voraussetzungen für Zuwanderung treffen nur noch eine kleine Zielgruppe. „Wenn wir wollen, dass in unserer Gesellschaft verschiedene Kulturen friedlich zusammen leben, müssen wir geeignete Maßnahmen zur Integration einleiten in Erziehung, Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen mehr Ganztageschulen und mehr Schulsozialarbeit“ ...“

**www.lsv-by.de**: „... Die Landesschülervertretung (LSV) Bayern über die Deutschpflicht: Laut Regierung sollen vor allem Sprachprobleme unter SchülerInnen mit Migrationshintergrund die Hauptursache für Gewalt an Schulen sein. ... „Das ist ungerecht und nur ein Mittel, die wirklichen Probleme zu vertuschen. Denn im Grunde fehlt den Schülern an Hauptschulen doch die Motivation, sich zu integrieren, wenn ihnen von vornherein beruflich und in der Gesellschaft nur wenige Perspektiven eingeräumt werden“.

**www.gruene-fraktion-bayern.de**: „Als hanebüchen bezeichnete Simone Tolled den Beschluss der Staatsregierung, ab dem kommenden Schuljahr Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht mehr die Regelschule besuchen zu lassen: „Weder die Kindergärten noch die Förderschulen sind fachlich überhaupt darauf vorbereitet, die Sprachdefizite aufzufangen. Hier werden Kinder frühzeitig ausselektiert, ohne ihnen überhaupt eine echte Chance zu geben, die notwendigen Deutschkenntnisse für einen erfolgreichen Schulbesuch zu erwerben.“ ... „Anstatt nach den vielen Ankündigungen endlich ein pädagogisch überzeugendes Konzept für eine bessere Sprachförderung vorzulegen, setzt die Staatsregierung auf Härte, Ausgrenzung und Selektion. Auf der Strecke bleibt eine echte Stärkung der frühkindlichen Bildung vom ersten Kindergartenjahr an, auf die wir seit der PISA-Studie vergeblich warten.“

**www.bayernspd-landtag.de**: „Wie glaubwürdig ist Stoiber? Gibt es mehr Geld für Sprachlernklassen?... Einige von Stoibers Vorschlägen hält Pfaffmann auch schlicht für gefährlich: Das Zusammenfassen von Kindern mit Migrationshintergrund in Sonderschulen bedeute Ghettoisierung und das sei das genaue Gegenteil von Integration. In jedem Fall müssten die oben genannten Punkte als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe im Parlament beraten werden ...“

diese leitkulturelle Bekenntnisschule nicht mehr auf dem eingeübten und ausgeübten gleichen Bekenntnis der Familien beruht, kommt der so bestimmten Schule zu, Bekenntnisinhalte gegen Widerstand einzuschärfen.

Der Rückbau der Schule zur Bekenntnisschule muss, wie gesagt, keineswegs sofort zu Rückschlägen bei den messbaren Bildungsergebnissen führen. Die Schwierigkeiten entstehen im Großen. Im gesellschaftlichen Geschehen des Generationswechsels wird Überlegenheit einer durch staatliche Verordnungen konkretisierten Lebens-

weise vermittelt. Die Grundstruktur der Toleranz, die für das Zusammenleben im gesellschaftlichem Raum unabdingbar ist, wird geschwächt. Eine Tendenz zur Gleichschaltung wird gestärkt.

In den Protesten, die das Maßnahmenpaket der Bayerischen Staatsregierung ausgelöst hat, sind verschiedene Ansatzpunkte genannt, um der Entwicklung wirksam entgegenzutreten. Allerdings fehlt spürbar eine Kritik der von der CSU verfolgten Konzeption, obwohl die sozialwissenschaftlichen Grundlagen dafür in einer Vielzahl von Untersuchungen ausgebreitet sind. maf

„Die Frage, die sich für uns in Köln stellt, ist, wie wir das ‚Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus‘ in unserer Stadt umsetzen werden.“

# Städte für Menschenrechte

Am 20. und 21. März 2006 fand in Nürnberg das Arbeitstreffen der deutschen Städte zur Umsetzung der „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ und des „Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“ statt. Obwohl die Anzahl der deutschen Städte, die eines der beiden Projekte unterstützt, 50 übersteigt, nahmen nur Vertreter aus ca. 10 Städten an diesem Treffen teil.

Die Tagung zielte in erster Linie darauf hin, Vertreter der deutschen Unterzeichnerstädte zusammenzubringen, um eine gemeinsame Basis für Arbeitsmethoden und Vorgehensweisen in den Kommunen auf bundesdeutscher Ebene zu beraten und eine effektive Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Teilnehmerstädten zu ermöglichen.

Dazu wurde einstimmig beschlossen, ein weiteres Arbeitstreffen über „Schule – Bildung und Diskriminierung“ noch in diesem Jahr zu organisieren.

Außerdem haben die Städte Mülheim an der Ruhr, Nürnberg, Berlin und München über ihre Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung der entstandenen Projekte berichtet.

Als Beispiel sei hier die Senatsleitstelle gegen Diskriminierung in Berlin genannt, die eine Finanzsumme von 1,2 Mio. Euro für insgesamt 30 Antidiskriminierungsprojekte (in den Bereichen Familie, Bildung, Frauen, Migrantinnen und Behinderte) umfasst und unterschiedliche Projekte finanziell unterstützt und mitträgt. Aber auch die erfolgreiche von der Stadt Mülheim an der Ruhr organisierte Konferenz gegen Diskriminierung ist ein positives Beispiel. Sie hat unterschiedliche Kreise in der Stadt – wie so-

ziale Einrichtungen und Migrantenorganisationen – eingebunden. So sollten auch wir hier in Köln bei der Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“ gemeinsam vorgehen.

Die Kommunen spielen insbesondere bei der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung eine überaus wichtige Schlüsselrolle.

Die in der Europäischen Charta für Menschenrechte festgelegten Rechte, wie das Recht auf Bildung oder das Recht auf Arbeit, sind vielen Menschen nicht bekannt.

Auch sind nicht alle Menschenrechte gleichermaßen durchgesetzt.

Die Frage, die sich für uns in Köln stellt, ist, wie wir das „Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus“ in unserer Stadt umsetzen werden. Hierzu reichen allein die Ratsbeschlüsse nicht. Vielmehr muss der Rat die beschlossenen und festgelegten Programme auch weiterhin positiv begleiten und tragen.

Nürnberg gibt ein gutes Beispiel für konkrete Schritte ab. Die Menschenrechtsbildung unter den ca. 9000 Angestellten der Stadtverwaltung ist überaus positiv und könnte im Rahmen der Antidiskriminierungsarbeit der Stadt Köln als Maßstab genommen werden. Auch könnten die Ratsfraktionen in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zur Vorbeugung von

Diskriminierung am Arbeitsplatz in städtischen Betrieben über Satzungsänderungen kooperieren und Antidiskriminierungsklauseln gemeinsam erarbeiten und einführen.

Özgür Demirel, in Platzjabbeck, Nr. 2, Köln, April 2006

## Die Europäische Konferenz „Städte für die Menschenrechte“

Die Europäische Konferenz „Städte für die Menschenrechte“ ist ein kommunales Netzwerk, das im Oktober 1998 in Barcelona anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ ins Leben gerufen wurde. Grundlage für die Aktivitäten dieses Städte-Netzwerkes ist die „Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“. Inzwischen haben 235 Städte aus 21 europäischen Ländern dieses Dokument unterzeichnet.

Ziel der Charta ist es, diese Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt, gleich welcher Herkunft, zu verwirklichen und die Teilhabe aller Menschen am städtischen Leben zu ermöglichen.

## Die „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“

Die Städte-Koalition ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 in Nürnberg gegründet wurde und einen Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus mit konkreten Handlungsvorschlägen verabschiedete. Das Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.



Schikanen gegen Nazigegner waren und sind rechtswidrig!

## Landgericht Stuttgart: Anti-Nazi-Symbole sind erlaubt!

Als einen Erfolg der Vernunft bezeichnete die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes die jüngste Entscheidung des Landgerichts Stuttgart zur Affäre um durchgestrichene oder zerbrochene Hakenkreuze.

Bei einem Infostand der VVN-Bund der Antifaschisten am 21. Januar in Schorn-dorf wurden Flugblätter, Broschüren und Anstecker beschlagnahmt, weil sie angeblich „Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ enthalten würden. Ein „Straftatbestand“ unter dem die Stuttgarter Staatsanwaltschaft kampagnenartig seit einigen Monaten vor allem jugendliche Nazigegner, verfolgt, verklagt und einschüchtert.

Auf die Beschwerde der VVN – Bund der Antifaschisten gegen die Beschlagnahmung hat nun die 5. Große Strafkammer am Landgericht Stuttgart mit erfreulicher Klarheit reagiert: „Der Verdacht einer Straftat nach § 86 a StGB ist nicht gegeben.“ (...) „Im Hinblick auf die vorliegend verfahrensgegenständlichen Buttons und die Flugblätter (vorstehend Nr. 1 und 2) ist schon auf den ersten Blick jedem unvoreingenommenen Betrachter klar, dass die Bezugnahme auf das nationalsozialistische Kennzeichen in jeweils nachdrücklich ablehnendem Sinne geschieht. ... Auch ist eine Gefahr, dass rechte Gruppierungen diese Art der Darstellung benutzen könnten, das Kennzeichen wieder – diesmal in ihrem Sinne – in das politische Alltagsbild zu transportieren, nicht gegeben. Es kann ausgeschlossen werden, dass Verfechter der politischen Ziele, für die das Kennzeichen steht, es in dieser – zerstörten – Form verwenden würden. Gleiches gilt für die bildliche Darstellung des Hakenkreuzes als Schlagbügel einer Mausefalle (oben Nr. 3 a)). Schon die karikierende Darstellung des Kennzeichens als – für den durch den „Speck“ (d.h. die Parteien „DVU, NPD, REP usw.“) Verführten – möglicherweise tödliche Falle bringt auch für den oberflächlichen Betrachter eindeutig die Warnung vor der durch das Kennzeichen symbolisierten politischen Gesinnung und damit deren deutliche Ablehnung zum Ausdruck. Verstärkt wird dies zu einem durch die Überschrift „Vorsicht Falle“, zum anderen durch den zugehörigen Begleittext der Broschüre. Darüber hinaus sind derart karikaturistische Darstellungen

des Hakenkreuzes weder geeignet, einer Wiederbelebung des Nationalsozialismus, seines Gedankengutes oder gar ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen zu dienen, noch entfalten sie eine Werbewirkung für diese Ziele. Verfechter des Nationalsozialismus würden dieses von ihnen hoch gehaltene Symbol nie in dieser karikierten Form verwenden (vgl. BGHST 25, 12811311).

Auch das von der Staatsanwaltschaft beanstandete „Mülleimer-Piktogramm“ (oben Nr. 3 b)) erfüllt in der konkreten Form der Verwendung nicht den Tatbestand des § 86 a StGB. Der Begleittext der Broschüre stellt eindeutig klar, dass durch das Piktogramm eine nationalsozialistisches Gedankengut ablehnende politische Gesinnung zum Ausdruck gebracht wird, die durch das Kennzeichen symbolisierten politischen Ideen somit „in den Müll“ gehören sollen.“ (Geschäftsnummer: 5 Qs 17106 3 Gs 36/06 AG Schorndorf 7 Js 10686/06 StA Stuttgart)

Das Urteil stellt eine verdiente Ohrfeige für die Staatsanwaltschaft Stuttgart dar. Dennoch zeigt sich die Staatsanwaltschaft weiterhin gegen alle Einflüsterungen praktischer, politischer und rechtlicher Vernunft resistent:

Am 22. März wurde der hier zitierte Beschluss des Landgerichts befasst. Am 28. März reichte die Staatsanwaltschaft Stuttgart Klage gegen den Geschäftsführer des Nix gut Versandes in Leutenbach bei Winnenden ein. Der Versand hatte T-Shirts, Aufkleber und andere Artikel mit denselben oder ähnlichen Aufdrucken vertrieben. Sie alle enthalten eine klare Botschaft gegen Faschismus und Neofaschismus. Angeblich geht es ihr darum, eine obergerichtliche Entscheidung herbeizuführen, die sie aber spätestens mit der zitierten Entscheidung des Landgerichtes erhalten hat. (Entsprechende Entscheidungen höherer Gerichte liegen ebenfalls seit Jahren vor).

Das alles kann nicht anders gewertet werden, als ein Vorwand, wider besseres Wissen und besserer Gerichtsentscheidungen, weiterhin Zivilcourage gegen Nazis zu kriminalisieren, junge Antifaschistinnen und Antifaschisten einzuschüchtern. Die Staatsanwaltschaft beweist dabei den Eifer ihres Herrn, der baden-württembergischen Landesregierung, die den Heidelberger Lehrer Michael Csaszkóczy nur deshalb mit Berufsverbot belegt, weil er sich antifaschistisch engagiert.

Das ganze ist ein Lehrstück für ein obrigkeitlich ausgerichtetes staats- und Demokratieverständnis, dem jedes Engagement der Bürgerinnen und Bürger verdächtig ist, selbst dann, wenn es das tut, was das Grundgesetz verlangt: Die Würde und die Rechte der Menschen gegen Faschismus und Rassismus zu verteidigen.

PM VVN BdA

**Gasversorgung Ahrensburg GmbH (GAG) gegründet**

## Stadt Ahrensburg rekommunalisiert die Gasversorgung

**Gegen die scheinbar unwiderstehliche Welle der Privatisierung von Bereichen der Daseinsvorsorge, speziell der Energieversorgung, zeigen sich erste Gegentendenzen. Angesichts der zunehmenden Aufteilung des Marktes auf wenige Energiemonopolisten und den damit verbundenen Preissteigerungen wird für viele Kommunen die Rückführung der Versorgung in eigene Regie wieder attraktiv.**

Die Stadt Ahrensburg hat im Januar, nachdem der 1984 geschlossene Konzessionsvertrag mit „Hein Gas“, jetzt E.on Hanse, ausgelaufen war, gegen den Willen des Konzerns vor dem Oberlandesgericht Schleswig das Recht erstritten, das Gasröhrennetz auf ihrem Territorium samt der daran angeschlossenen 5.500 Privatkunden durch die von ihr

Stadt Barmstedt z.B. bezieht jetzt 80 Prozent ihres Erdgases vom dänischen Staatskonzern Dong. Kienel: „Dong sitzt jetzt in Lübeck. Und natürlich überlegen wir, auch mit diesem Unternehmen Kontakt aufzunehmen.“ Die Gewinne, die E.on Hanse mit dem Gasgeschäft macht, will die Stadt dabei künftig für sich nutzen und an die Verbraucher weitergeben. Nutzungsentgelte und Privatkundengeschäft zusammen versprechen jährlich 770.000 bis 1,4 Millionen Euro Einnahmen. Der Bund der Energieverbraucher nannte die Übernahme „hervorragend“. Eine kommunale Gasversorgung sei bürger näher und dem Wettbewerb förderlicher als die durch ein großes Unternehmen. Die Vorteile müssten aber eins zu eins an die Verbraucher weitergegeben werden.

Viele Städte bundesweit haben den Streit der Stadt Ahrensburg mit E.on Hanse verfolgt. Dort, wo Konzessionsverträge mit überregionalen Energielieferanten auslaufen, könnte das Ahrensburger Beispiel Schule machen. Der Deutschen Städte- und Gemeindebundes begrüßt die Überlegungen einzelner Städte und Gemeinden, bisher privat erbrachte Leistungen der örtlichen Daseinsvorsorge zu kommunalisieren. Bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, die im März in Ahrensburg stattfand, sagte der scheidende Vorsitzende Kälberer: „Abfallentsorgung und



gegründete Gasversorgung Ahrensburg GmbH (GAG) für 11,5 Millionen Euro zurückzukaufen.

Interessant ist die Übernahme des Netzes, weil Durchleitungsgebühren anfallen, von denen bisher der Konzern profitiert. Durch das Gemeindeterritorium wird Gas aus Hamburg ins Umland und zu Industriebetrieben transportiert. Stadtkämmerer Kienel erwartet davon für die Stadt Einnahmen, mit denen sie bisher nicht mögliche Investitionen finanzieren könnte. Ein Gutachter, der die Folgen der Übernahme bis ins Jahr 2015 kalkuliert habe, sei zum gleichen Ergebnis gekommen. Alle Fraktionen im Stadtrat hätten sich dafür ausgesprochen. Ab 1. Oktober darf Ahrensburg ihre Bürger selbst mit Gas versorgen. Erste selbst gestellte Aufgabe ist dabei, die Preise für die Verbraucher möglichst rasch zu senken. Dazu will man sich auch nach möglicherweise billigeren Gaslieferanten umsehen. Die

Energieversorgung haben zentrale Bedeutung für die Bürger und damit auch für die Städte und Gemeinden. Deshalb ist es wichtig, vor Ort zu prüfen, ob diese Aufgaben besser durch private Anbieter oder die Städte und Gemeinden selbst wahrgenommen werden sollen.“ Er machte deutlich, dass die Frage, ob eine Leistung der Daseinsvorsorge von der Kommune oder von einem privaten Unternehmen erbracht wird, sinnvoll nur für den Einzelfall beantwortet werden kann. Es sei aber in den Städten und Gemeinden ein gewisser Trend der Rückbesinnung auf die eigenständige Aufgabenerfüllung zu erkennen. Ursula Pepper, Bürgermeisterin der Stadt Ahrensburg, wurde zur neuen Vorsitzenden des Gremiums gewählt. Sie wies darauf hin, dass eine Rekommunalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge dazu dienen könne, kommunale Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen. (ulj, Lokalberichte Hamburg)

**Amerikanische Städte wollen Wasserwerke zurück kaufen.** Am 10. April fand in Berlin unter Beteiligung von WasserInBürgerhand (Jens Loewe) eine Pressekonferenz mit der Bürgermeisterin von Urbana/Illinois, USA, (Laurel Prussing), der Kampagnenleiterin von Food and water watch (Victoria Kaplan), einem Vertreter der Wählerinitiative Mülheim und Gerlinde Schermer, SPD-Linke Berlin, statt. Laurel Prussing erklärte: „Unsere Erfahrungen in Illinois haben uns gelehrt, dass wir eine lokale Kontrolle über die Wassersysteme benötigen.“ Der Besitz der Wasserversorgung durch einen Großkonzern habe laut Laurel Prussing dazu geführt, dass Wasser abgekocht werden musste und Feuerhydranten nicht benutzt werden konnten, als die Feuerwehr sie benötigt hatte. Am erschreckendsten sei aber, so die Bürgermeisterin, die starke Beeinflussung lokaler Regierungen durch RWE. So habe RWE Millionen von US-Dollar investiert, um regionale

der Hauptversammlung des RWE-Konzerns vor der Gruga-Halle. Markus Renner, Essener Ratsmitglied der Linkspartei: „Die Wasserversorgung darf nicht weiter Spielball von Konzerninteressen sein. Ich freue mich, dass mit Laurel Prussing, Bürgermeisterin von Urbana im US-Staat Illinois, eine amerikanische Kommunalpolitikerin ihren Protest gegenüber dem RWE-Konzern persönlich zum Ausdruck bringt. Wir unterstützen ihre Forderung nach Rekommunalisierung der Wasserversorgung.“

Der RWE-Konzern kontrolliert seit der Übernahme von American Water Works im Jahre 2003 die Wasserversorgung von 29 US-Bundesstaaten und drei kanadischen Provinzen mit insgesamt 18 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Damit stieg RWE zum drittgrößten „Wasserkonzern“ weltweit auf. Den RWE-Tochterunternehmen Thames-Water und American Water wird von den Kritiker/innen vorgeworfen,

die Wasserinfrastruktur herunterzuwirtschaften. Es gibt einen Rückstau bei Erhaltungsinvestitionen, die Wasserpreise wurden erhöht. Aktuell kämpfen Bürgerinnen und Bürger in 29 US-Bundesstaaten um die Re-Kommunalisierung ihrer Wasser-

versorgung, weil die Erfahrungen mit dem deutschen RWE-Konzern schlecht sind.

[www.pds-nrw.de](http://www.pds-nrw.de)

**Bürgerbegehren gegen die Privatisierung des Abwasserbetriebs.** FÜRTH. Mehr als 10.000 Unterschriften hat das Fürther Wasserbündnis in nur zehn Tagen für das Bürgerbegehren gegen die Privatisierung der Abwasserwirtschaft gesammelt (4.100 Unterschriften hätten gereicht). Der Stadtrat muss nun am 3. Mai über den Antrag abstimmen. „Der Oberbürgermeister hat uns zu Verhandlungen eingeladen und bekräftigt, dass er angesichts der überwältigenden Stimmenzahl an einer einvernehmlichen Lösung interessiert ist. Damit haben wir gute Chancen, dass sich das Bürgerbegehren am 3. Mai erledigt hat,“ erklären Peter A. Lefrank und Günther Zeuner vom Wasserbündnis Fürth. „Wir haben dazu mehr als eineinhalb Jahre benötigt und haben uns aus einer kleinen, aber virulenten Keimzelle, die aus dem Ortsverein von Verdi und attac, dem Personalrat der Stadt und den Beschäftigten des Abwasserbetriebes sowie dem BUND Naturschutz bestand, zu einer ernst zu nehmenden, flächendeckenden Organisation entwickelt mit vielen weiteren Mitgliedern und unterstützenden Gruppierungen – vom Mieterverein und dem Fürther Sozialforum bis hin zum

Haus- und Grundbesitzerverein.“

[www.wasserbuendnis.fuerth.org](http://www.wasserbuendnis.fuerth.org)

**Für eine starke öffentliche Wasserversorgung.** BERLIN Anlässlich des Tags des Wassers und parallel zum 4. Weltwasserforum in Mexiko zogen deutsche Nichtregierungsorganisationen eine Bilanz zur Wasserpolitik. Die Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt und WEED, der Umweltverband GRÜNE LIGA, der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), die Gewerkschaft ver.di und das deutschlandweite Bündnis WasserInBürgerhand! (WIB) sprachen sich gemeinsam für eine starke kommunale Wasserwirtschaft aus.

Eine neue EU-Richtlinie zum Grundwasserschutz wird derzeit in Brüssel verhandelt. Das Europäische Parlament berät momentan über einen Beschluss des Umweltministerrats, der auf breite Ablehnung sowohl bei den deutschen Umweltverbänden als auch bei der Wasserwirtschaft stößt. Europaweit einheitliche Grenzwerte für Schadstoffe sind bereits nicht mehr zu erwarten. Selbst der auch für die Trinkwasserversorgung relevante Nitrat-Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter steht auf der Kippe. „Ressourcenschutz ist vorbeugender Umwelt- und Verbraucherschutz“, betonte Michael Bender von der GRÜNEN LIGA. Die EU-Kommission verfolgt mehr oder weniger intransparent, aber uneingeschränkt, ihr Ziel, die Wasserwirtschaft zu liberalisieren. „Da sind die Beteuerungen, dass die Dienstleistungsrichtlinie selbst weder zur Liberalisierung, noch zur Privatisierung führen soll, angesichts der tatsächlichen Entwicklungstendenzen des Binnenmarktes ziemlich unglaublich“, schätzt Matthias Ladstätter von ver.di ein. Dienste der Wasserversorgung und der Wasserlieferung sowie Dienste der Abwasserbeseitigung seien zwar aus dem Geltungsbereich des Art. 16 „Freizügigkeit der Dienstleistungen“ ausgenommen, aber IT-Bereich, Wartung und Instandhaltung von Rohrleitungen, Dienstleistungen im Zählerwesen und Abrechnung könnten unmittelbar Elemente der Liberalisierung werden.

Hans-Werner Krüger von WIB stellte den sinnvollen lokalen Widerstand gegen den laufenden Ausverkauf von Bürgervermögen dar und erläutert, dass die von vielen Seiten favorisierten „öffentlich-privaten Partnerschaften“ die Finanzkrise der öffentlichen Hände nicht lösen, sondern vertiefen. WIB forderte darüber hinaus, die politische Verantwortung für den Umgang mit öffentlichem und damit Bürgereigentum ernster zu nehmen.

[www.vku.de](http://www.vku.de)



Wahlen zu beeinflussen. In der Pressemitteilung, die von sieben Bürgermeistern und zwei gewählten Vertretern lokaler Regierungen unterzeichnet wurde, heißt es, dass die Politiker gewählt wurden, um den Bewohnern ihrer Gemeinden zu dienen. Ohne den öffentlichen Besitz der Wasserversorgung seien sie daran gehindert dies zu tun, so die Unterzeichner. Die Städte seien bereit, einen fairen Preis für den Kauf der städtischen Wasserversorgung zu bezahlen, sagte die Bürgermeisterin weiter. Auch in Berlin und Mülheim fordern Bürger den Rückkauf der Wasserversorgung durch die Stadt. <http://de.wikinews.org> Weitere Informationen:

[www.wasser-in-buergerhand.de](http://www.wasser-in-buergerhand.de)

**Trinkwasser nicht dem Profit unterwerfen.** ESSEN. Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre stellte auf der diesjährigen Hauptversammlung des RWE-Konzerns am 13.4.2006 den Antrag, dem RWE-Vorstand die Entlastung zu verweigern. Damit wandte sich der Verband dagegen, dass der RWE-Konzern weltweit die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung durch Privatisierungen gefährdet. WASG und Die Linke.PDS unterstützen den von den Kritischen Aktionärinnen und Aktionären und der bundesweiten Initiative „Wasser in Bürgerhand“ organisierten Protest bei

## IG Metall: „Der Countdown läuft“

Entgegen anderslautender Ankündigungen machten die Arbeitgeber auch in der sechsten Verhandlungsrunde in Nordrhein-Westfalen am 18. April 2006 kein neues Angebot. IG Metall-Betriebsleiter Detlef Wetzel sagte, das Scheitern der Verhandlungen sei „wahrscheinlicher geworden“. In den meisten übrigen Tarifgebieten wird im Lauf der Woche verhandelt.

Die Warnstreiks gewinnen wieder an Stärke. Schwerpunkte heute (19.4. PB) sind der Norden und der Süden: Am „Aktionstag Küste“ werden sich voraussichtlich die Belegschaften von über 125 Betrieben beteiligen, um Druck für die dort morgen stattfindenden Verhandlungen zu machen.

Zweiter Schwerpunkt ist Bayern, wo heute verhandelt wird und Warnstreiks in über 40 Betrieben stattfinden. Weitere Warnstreiks und Aktionen gibt es in Berlin-Brandenburg-Sachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Niedersachsen.

[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)



## ver.di: „Demonstration der Solidarität“

**Hamburg.** Rund 1500 Menschen beteiligten sich an der „Demonstration der Solidarität“, zu der ver.di die „Hamburger Bürgerinnen und Bürger“ für den 18.4. aufgerufen haben, nicht nur wegen des Aprilwetters weniger als erwartet. Streikende berichteten, dass die Situation in den Behörden mit der Dauer des Streiks immer schwieriger wird, nur ein harter Kern sich noch aktiv am Streik beteiligt und dass ohne die Schulhausmeister, die sich zugleich gegen drohende Privatisierung wehren, die Resonanz auf die Aufrufe zu den vielfältigen Aktionen, die nach wie vor stattfinden, deutlich schwächer ausfiele.

## Daimler-Chrysler Hauptversammlung

# Beschäftigte protestieren gegen den geplanten Abbau von 8.500 Arbeitsplätzen

Gegen die geplante Vernichtung von 8.500 Arbeitsplätzen protestierten 28 Daimler-Chrysler Beschäftigte vor und in der Hauptversammlung am 12. April in Berlin. Ihr Motto „Solidarität statt Konkurrenz“ hatten sich die Arbeiter aus Argentinien, Brasilien, Südafrika, den USA und Deutschland auf rote T-Shirts gedruckt.

Die Kritischen AktionärInnen Daimler Chrysler (KADC) zeigten Hilmar Kopper in der Hauptversammlung die Rote

Karte, verlangten mit dem Aktionsbündnis landmine.de den Ausstieg aus der Streumunition, forderten von Dieter Zetsche einen Erdgasantrieb für jede Baureihe der Daimler-PKW-Marken und stellten eine Gegenkandidatin für die Wahl zum Aufsichtsrat.

„Hilmar Kopper ist neben Dieter Zetsche für Qualitätsminderung und Arbeitsplatzvernichtung bei Mercedes, für die Milliardenverschwendung bei Mitsubishi und für die Beteiligung an ethisch verwerflichen Rüstungsprojekten wie der völkerrechtswidrigen Streumunition verantwortlich. Darum muss er sofort zurücktreten!“ fordert KADC-Sprecher Alexander Dauenstein. Die DaimlerChrysler-Beteiligungsgesellschaft EADS ist nach wie vor an einer Reihe von Unternehmen beteiligt, die Streumunition („Submunitionen“) und dazu gehörende Verlegesysteme („Dispenser“ und „Artillerieraketen“) entwickeln

### Aus einem HV-Antrag der Kritischen Aktionäre:

Trotz der wiederholten Aufforderungen der Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC, [www.kritischeaktionaeere.de](http://www.kritischeaktionaeere.de) und [www.juergengraesslin.com](http://www.juergengraesslin.com)) hat der Vorstand auch im Geschäftsjahr 2005 versäumt, die Anteile am europäischen Rüstungsriesen European Aeronautic Defence and Space Company (EADS N.V.) abzustossen oder die Umstellung auf eine rein zivile Fertigung (Rüstungskonversion) in die Wege zu leiten. Dabei ist Daimler/EADS neben der Produktion von Kampfbombern, Militärhubschraubern und Trägersystemen für Atomwaffen über Beteiligungen auch in die Produktion von Streubomben, Streumunition bzw. Streumunitionswerfern involviert.

## Thüringer Landtag:

# CDU-Mehrheit lehnte Tariftreue-, Mindestlohn- und Vergabegesetz ab

Am 30.3. hat die CDU mit ihrer 45:43 Mehrheit im Thüringer Landtag zwei Gesetzentwürfe von SPD- und Linksfraction abgelehnt, durch die verhindert werden sollte, dass Firmen Aufträge aus öffentlicher Hand bekommen, die Lohndumping betreiben.

Hier zunächst ein aktueller Bericht aus Erfurt von unserem Kollegen Rolf Düber, DGB-Gewerkschaftssekretär: „Tariftreue-, Mindestlohn und Vergabegesetz seien ‚Antworten von vorgestern‘, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Thomas Kretschmer mit Verweis auf eine CDU-Entscheidung. Am gleichen Tag demonstrierten vor dem Landtag rund 1.300 Menschen für faire Arbeitsbedingungen, für die Tarifforderung von ver.di und für das Tariftreue-, Mindestlohn und Vergabegesetz. Damit haben sich deutlich mehr Menschen beteiligt, als die Organisatoren erwartet hatten. Besondere Kritik gab es an Ministerpräsident Dieter Althaus (‚Danke Dieter!‘), der mit 42 Wochenstunden und dem Austritt aus dem Flächentarifvertrag gedroht hatte. Heftig wurde der CDU-Landtagsbeschluss kritisiert, dass wäh-

rend der Fußball-WM der Ladenschluss ausgesetzt werden soll. Der Beschluss (in Thüringen findet kein WM-Spiel statt!) geht einseitig zu Lasten der kleinen Handelsbetriebe, wie der VerkäuferInnen und deren Familien. Billiglohn und Lohndumping bei öffentlichen Vergaben gibt es auch im Gebäudereinigerhandwerk, darauf machte die Gewerkschaft BAU mit ihrer Tariffaktion ‚Saubere Arbeit hat ihren Preis‘ aufmerksam. Schon seit dem Tag zuvor hatte eine Mahnwache der BI gegen Billiglohn am Landtag für faire Bedingungen, für ein Vergabegesetz stattgefunden.

Gewerkschaftsübergreifend wurde gemeinsam mit dem ‚Erfurter Bündnis für soziale Gerechtigkeit‘ und der ‚BI gegen Billiglohn für Gleichbehandlung‘ deutlich, dass die CDU mit ihrer Politik nicht willkommen ist. Es reicht nicht aus, sich im Landtag verbal eindeutig gegen Lohndumping und ruinösen Wettbewerb auszusprechen und dann den Worten keine Taten folgen zu lassen. Mit der tatenlosen Billigung von Lohndumping folgt die CDU den VertreterInnen der Wirtschaft, die immer noch Schmutzkonzurrenz auf dem Rücken

bzw. diese anbieten. Zu diesen Unternehmen gehören u.a. MBDA, Diehl BGT, TDW, TDA Armaments und die RTG Euromunition. „Sowohl DaimlerChrysler als auch EADS haben den United Nations Global Compact unterzeichnet und sich damit zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet. Deswegen müssen diese Unternehmen und auch ihre Tochterfirmen sämtliche Geschäftstätigkeit in Bezug auf geächtete Waffen wie Landminen und Streumunition sofort einstellen“, fordert Thomas Küchenmeister, Direktor des Aktionsbündnisses Landmine.de. KADC-Sprecherin Beate Winkler-Pedernera verlangt von der Konzernleitung „den sofortigen Stopp der Arbeitsplatzvernich-

tung zugunsten einer gerechten Arbeitszeitverteilung innerhalb der vorhandenen Belegschaft. Mit immer weniger Mitarbeitern, von denen immer mehr Leistungen herausgepresst wird, lässt sich keine Qualitätsoffensive starten.“ Für Walter Souza, Koordinator der Fabrikkommission bei DaimlerChrysler im Werk Sao Bernardo SP in Brasilien, Teilnehmer der in Berlin tagenden internationalen Konferenz ‚Solidarität statt Konkurrenz‘, „ist es sehr wichtig, dass wir uns mit Arbeitnehmervertretungen von DC Werken aus anderen Ländern austauschen und vernetzen. Nur so können wir es verhindern, dass die Konzernleitung uns gegeneinander ausspielt.“ [www.kritischeaktionaeere.de](http://www.kritischeaktionaeere.de)



der ArbeitnehmerInnen als legales Mittel zur Steigerung ihrer Gewinne ansehen. Statt sich den Erkenntnissen anderer Bundesländer anzuschließen, in denen es Tariftreue- und Vergabegesetze für öffentliche Aufträge gibt, geht die CDU-Thüringen einen Sonderweg und setzt sich weiterhin für Billiglohn ein, mit dieser Politik ist die CDU von vorgestern.“

In Thüringen werden die bundesweit niedrigsten Löhne gezahlt. So sind im Friseurhandwerk und im Wach- und Sicherheitsgewerbe Löhne zwischen 3,81 und 4,32 Euro nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Der Entwurf der SPD-Fraktion zu einem „Thüringer Gesetz über die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand an das Bau- und Dienstleistungsgewerbe (Thüringer Vergabegesetz)“ sah vor, dass Unternehmen öffentliche Aufträge nur dann bekommen, wenn sie Tariflöhne zahlen, sie sich also „tariftreu“ verhalten. Bei Verstößen sollte der Auftraggeber das Recht haben, den Vertrag zu kündigen. Als mögliche Strafe sah der Entwurf bis zu zehn Prozent der Auftragssumme vor. Außerdem sollte sich die Firma für zwei Jahre nicht mehr an Ausschreibungen beteiligen dürfen.

Weiter ging der Entwurf der Linkspartei.PDS zu einem „Thüringer Gesetz zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Thüringer Vergabegesetz)“. Er beinhaltet

zusätzlich soziale Vergabekriterien, z.B. sollte berücksichtigt werden, ob der Betrieb Behinderten eine Chance gibt, ob das Unternehmen ausbildet oder Frauen besonders fördert. Als eigenständiges Merkmal kombinierte der Entwurf die Pflicht zur Zahlung von Tariflohn, mindestens aber 1.500 Euro Bruttomonatslohn. Damit wäre erstmals ein Mindestlohn auf Landesebene festgeschrieben gewesen.

Die aktuelle Beschlusslage des DGB Thüringen fordert die bundesweite Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 8,67 Euro/Std. bzw. 1.500 Euro/Monat.

Die CDU, die das Land seit 1999 allein regiert, hält den konsequenten Vollzug der Thüringer Vergaberichtlinie für ausreichend, während die Gewerkschaften und der DGB Thüringen die Vergaberichtlinie als unzureichend ablehnen. Die Richtlinie setze weder einen Mindest- oder Tariflohn als Bedingung für den Zuschlag, noch schreibe sie Kontrollen oder Sanktionsmöglichkeiten vor. Aus der Sicht des DGB Thüringen ist die Thüringer Vergaberichtlinie ein ‚zahnloser Tiger‘, Billiglohn oder ruinöser Wettbewerb werden nicht verhindert, einen Schutz für Beschäftigte und seriöse, tariftreue Unternehmen bietet sie nicht.

GEGEN ARMUT & SozialKahlSchläger stoppen! <http://bi-gb.de/>

#### VDA interessiert sich für alternative Kraftstoffe. FAZ, Mo., 27.3.06. B.

Gottschalk, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, begrüßt die Vorstöße der Hersteller alternativer Verbrennungsmotoren. Auf der Automobilmesse in Leipzig boten verschiedene Firmen Autos an, die mit Kraftstoffen auf Pflanzenbasis und mit Erd- und Biogas fahren. Mit der Beimischung biogener Kraftstoffe käme die Automobilindustrie ihrer Selbstverpflichtung näher, den Ausstoß von Kohlendioxid spürbar zu vermindern. Deshalb schlägt Gottschalk eine Beimischung von 10 Prozent statt der von der EU vorgeschriebenen 5,75 Prozent vor. „Was jetzt noch fehlt, ist die politische Botschaft für regenerative Kraftstoffe...“ mahnt er die steuerliche Förderung wie bei Erdgas an.

#### Elektrizitätswirtschaft kündigt Preiserhöhungen an. FAZ, Sa. 15.4.06. „Die

geplante massive Verknappung der Kohlendioxid-Zertifikate für die Stromwirtschaft wird Einfluss auf die künftigen Strompreise haben,“ sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), E. Meller. Die von der Bundesregierung geplante Verringerung der Emissionsrechte könne nicht als Rechtfertigung für Strompreiserhöhungen herhalten, so Bundeswirtschaftsminister M. Glos.

#### Deutsche Zigarettenbranche gerät unter Druck. HB, Sa. 15.4.06. Der Haupt-

geschäftsführer des Verbandes der Zigarettenindustrie (VDC), W. Hainer, befürchtet, zahlreiche Zigarettenkonsumenten könnten auf Schmugglerware umsteigen. Grund dafür ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach preisgünstigere Steckzigaretten „Sticks“ steuerlich künftig wie Fabrikzigaretten behandelt werden müssen. Sie würden sich damit um mehr als die Hälfte verteuern und sollen deshalb nicht mehr hergestellt werden. Verschiedene Hersteller kündigen Entlassungen an. Der Markt an Zigaretten ist weiterhin rückläufig, der Absatzrückgang wird durch die mehrfachen Steuererhöhungen erklärt. Die Beschäftigtenzahl sank von 10300 im Jahr 2002 auf ca. 8500 Ende 2005.

#### BDI lehnt Gesundheitsfonds ab. BDI-

Präsident J. Thumann lehnt die Regierungspläne für zusätzliche Steuern, die in einen Fonds zur Finanzierung der Krankenversicherung eingezahlt werden sollen, ab. Er fordert mehr Wettbewerb im System bei der Umstrukturierung des Gesundheitswesens, keinen „Gesundheitssoli“. Er fürchtet, dass die Steuerlast höher ausfallen werde als die Senkung der Lohnnebenkosten, obwohl die Regierungspläne keine stärkere Belastung der Arbeitgeber vorsehen.

Presseauswertung: rst

## Zum Ausgang der Parlamentswahlen in Italien erklärt der Vorsitzende der Linkspartei.PDS, Lothar Bisky u.a.:

(...) Im Namen der Linkspartei.PDS begrüße ich dies und sende dem gesamten Wahlbündnis Unione meine herzlichen Glückwünsche.

Meine besondere Anerkennung gilt unseren Freunden und Genossen von der italienischen Linken – der Partei der kommunistischen Wiedergründung (Rifondazione comunista) und der Partei der Italienischen Kommunisten. Über ihr sehr gutes Abschneiden bin ich besonders erfreut, weil es in Hinblick auf die kommende Regierungsführung ein starkes Zeichen setzt. Vor allem dem hohen Stimmenanteil von Rifondazione comunista, an dem mein Freund Fausto Bertinotti großen Anteil hat, wird es zu verdanken sein, dass eine Regierung Prodi nicht ohne weiteres ein neues Kapitel des Neoliberalismus schreiben kann.

Die Anstrengungen und Mühen unserer Freunde haben sich gelohnt. Sie nähren unsere Hoffnung, dass ein so wichtiges Land wie Italien aus dem (Gefangenen-)Chor marktradikaler Politik in Europa ausschert. Heute ist ein hoffnungsvoller Tag für Italien und die europäische Linke.

### Wir verändern das Land.

#### Lothar Bisky vor der Presse im Berliner Karl-Liebknecht-Haus zu den Ergebnissen der jüngsten Sitzung des Parteivorstandes und zur Vorbereitung des Hallenser Parteitages:

Schwerpunkt auf der heutigen Sitzung des Parteivorstandes ist der Bundesparteitag in Halle, der am 29. und 30. April stattfindet. Es handelt sich um die 1. Tagung des 10. Parteitages, es ist ein Wahlparteitag. Der Parteivorstand, die Bundesfinanzkommission, die Bundesschiedskommission und die Delegierten zum Kongress der Partei der Europäischen Linken werden neu gewählt.

Trotz dieses Wahlmarathon werden wir uns mit den realen Problemen der Menschen beschäftigen und konkrete inhaltliche Beschlüsse fassen.

- Wir werden uns kritisch mit der Politik der Großen Koalition auf Bundesebene auseinandersetzen.
- Wir werden eigene Vorschläge und alternative Lösungsansätze unterbreiten.

Das wird in dem Motto des Parteitages deutlich: *Wir verändern das Land*. Für faire Löhne, gerechte Steuern und allen Kindern gleiche Chancen.

Der Parteivorstand hat ein Aktionsprogramm zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt, das die Aufgaben der Linkspartei.PDS im Jahr 2006 beschreibt. Sie dienen dem Ziel,

- Verbesserungen in der Lebenslage der Schwachen in der Gesellschaft zu erreichen,
- den politischen Einfluss der Partei weiter zu stärken,
- neue Mitglieder zu gewinnen,
- die Parteiarbeit qualitativ zu verbessern,
- den Parteibildungsprozess mit der WASG voranzubringen und
- die Europäische Linkspartei durch aktive Mitgliedschaft zu stärken.

Die ganze Partei engagiert sich für die Wahlkämpfe in den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie für den Kommunalwahlkampf in Niedersachsen mit dem Ziel, den politischen Einfluss der linken Kräfte in den Parlamenten zu stärken.

Wir verändern das Land und wir werden uns verändern. Wir wählen, wie Sie wissen, einen neuen Parteivorstand, der den Prozess der Parteineubildung erfolgreich führen wird.

Der neue Vorstand trägt die Verantwortung, dass aus dem Zusammenschluss zweier linker Parteien mit unterschiedlichen Traditionen eine neue gesamtdeutsche linke Partei entsteht, die als einflussreiche Oppositionskraft um Mehrheiten in der Gesellschaft ringt

- für soziale Gerechtigkeit,
- für eine konsequent auf zivile Konfliktlösung gerichtete Außenpolitik,
- für weitere Demokratisierung der Gesellschaft und sozial-ökologischen Umbau.

Für unsere politischen Partner bleiben wir verlässlich. Für unsere politischen Gegner werden wir unbequemer.

Als Parteivorsitzender möchte ich natürlich, dass wir mit einer starken und selbstbewussten Linkspartei in die Parteibildung gehen. Deshalb werbe ich um neue Mitglieder. Ich möchte den Trend von 2005 verstetigen, wo wir erstmals einen leichten Mitgliederzuwachs verzeichnen konnten.

Ich möchte die Gelegenheit heute nutzen, um noch einmal darauf zu verweisen, was wir einbringen in die neue linke Partei:

- Einen Gründungskonsens, der im unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus als System besteht;
  - eine moderne und zukunftsfähige Programmatik der Linkspartei, die – wie es in unserem Statut heißt – „die Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland“ ist, da ist mir die inhaltliche Bestimmung ebenso wichtig wie der bundesweite Anspruch!
  - eine Politik, in der sich Widerstand und Protest, Gestaltungsanspruch und Gestaltungsfähigkeit und gesellschaftspolitische Zielvorstellungen, Visionen und Utopien vereinen.
- Ich sage ganz klar: Eine Politik der so-

zialen Gerechtigkeit ist das Aufbruchsignal für eine neue Linke – ob in Opposition oder Regierungsverantwortung.

Parallel zu unserem Parteitag wird in Ludwigshafen der WASG-Parteitag tagen.

Beide Parteitage werden am Vorabend des 1. Mai das Signal für den Start der bundesweiten Mindestlohnkampagne geben. Damit lösen wir ein Wahlversprechen ein. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit durch gesetzlichen Mindestlohn. Wir streiten für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde. Er dient als Stoppzeichen gegen Lohndumping und die neoliberale Ideologie, dass ständig sinkende Löhne neue Arbeitsplätze schaffen. Ein gesetzlicher Mindestlohn verhindert Armut trotz Arbeit und ermöglicht ein Leben in Würde.

### Böses Erwachen für grüne Traditionswähler. Presseerklärung der Stadtverordnetenfraktion DIE LINKE.WASG

Ein böses Erwachen wird es, nach Aussage der LINKE.WASG-Römerfraktion, für die traditionell grünen Wähler in Frankfurt geben. Im Rausch der anstehenden Regierungsbeteiligung sind die Grünen offensichtlich bereit, sich von allen ehemaligen Grundsätzen zu verabschieden.

Ökologische und soziale Fragen würden unter Schwarz-Grün zur Bedeutungslosigkeit verkommen. So stehe zu erwarten, dass die Grünen der Senkung der Gewerbesteuer, dem Ausbau des Frankfurter Flughafens, weiteren Privatisierungen und weiteren Verschärfungen bei Hartz IV zustimmen würden. Mit kritischem Interesse werde die Linksfraktion auch die künftige Haltung der Grünen zum Riederwaldtunnel, der D-Linie, der Regionaltangente West und der Anbindung der Leuna-Brücke an den Flughafen hinterfragen.

### Die neue Linke in Europa – Speakers' Tour in 15 Universitätsstädten: mit Gästen aus Frankreich, Großbritannien und Italien.

Ab dem 18. April 2006 findet eine Veranstaltungsreise in 15 deutschen Universitätsstädten statt. Unter dem Titel „Die neue Linke in Europa“ diskutieren Studierende aus Frankreich, Großbritannien und Italien mit Mitgliedern der WASG, der Linkspartei und Interessierten: Ist die Linke in Europa im Aufbruch? Auf welche Erfolge und Niederlagen blickt sie zurück? Und was ist zurzeit in Frankreich los? Diese Speakers-Tour wird unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Förderkreis demokratischer volks- und hochschulbildung e.V.

Zusammenstellung: jöd

# Die rechtspopulistische Mobilisierungsstrategie von „pro Köln“

„Bürgerbewegung „pro Köln“, Kurzbezeichnung „pro Köln“, hört sich unverfänglich, lokalpolitisch und bürgernah an. Dabei hat der Name zwei Höhepunkte, „pro Köln“ und *Bürgerbewegung*. Als Kölnerin oder Kölner muss man natürlich für (pro) Köln sein. Dass man mit einem solchen Begriff lokalpatriotische Gefühle wecken kann, ist dabei beabsichtigt. Beim Begriff *Bürgerbewegung* denkt man an eine Bürgerinitiative, dass es sich um eine „Bewegung“ nationalistischer, neofaschistischer Kräfte handelt, darauf kommt man nicht im ersten Moment.

Ob dies viele Wählerinnen und Wähler bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln dazu verleitet hat, „pro Köln“ zu wählen, kann man nicht ermitteln. „pro Köln“ erhielt 16 531 der Stimmen (4,7 Prozent) und zog mit vier Vertretern in den Stadtrat ein. Im Nachhinein geben sich die einen oder anderen Wähler zu erkennen und erklären: „Hätte ich das gewusst ...“

Sicher hat der griffige Name „pro Köln“ Verwirrung ausgelöst, allein wenn man bedenkt, dass ein Zweckverband Kölner Hotels viel früher diesen Namen trug.

Trotzdem gibt es eine Vorgeschichte dieser Vereinigung. Berücksichtigt man, dass bei einer vorgezogenen Oberbürgermeisterwahl im September 2000 ein Kandidat von „pro Köln“ nur 0,5 Prozent der Stimmen erhielt, so sind die 4,7 Prozent bei der Kommunalwahl 2004 alarmierend.

## Die Vorläufer: REP und Deutsche Liga für Volk und Heimat

Als Ende der achtziger Jahre Franz Schönhuber die CSU verließ und die Partei der „Republikaner“ gründete, waren die Kommunalwahlen 1989 in Köln für sie ein Höhepunkt. 7,4 Prozent erhielten die „Republikaner“ in der rheinischen Metropole. Etliche Kandidaten waren vorher bei der NPD gewesen. Unter ihnen auch Manfred Rouhs, der heutige Fraktionsgeschäftsführer von „pro Köln“ im Kölner Stadtrat. „Die Republikaner“ waren eine Sammlungsbewegung rassistischer, völkischer und faschistischer Kräfte mit sozialer Strategie. Bundesweit war auch von Bedeutung, dass eine rechtsextreme Organisation zum ersten Mal ein detailliertes Kommunalwahlprogramm vorlegte.<sup>1</sup>

29,7 Prozent aller Republikaner-Stimmen verteilten sich auf die Altersgruppe 60 Jahre und älter. In der Altersgruppe 45 bis 59 Jahre waren es gar 31,3 Prozent. Ältere Männer waren die

Hauptklientel der „Republikaner“.

Anfang der 90er Jahre taten sich Risse im Lager der „Republikaner“ auf. Schönhuber gefiel der platte Rassismus seines Kölner Kreisverbandes nicht. Um einem Rausschmiss zuvor zu kommen, spaltete sich Manfred Rouhs mit etlichen weiteren REP-Mitgliedern ab und gründete die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“. Höhepunkte der Arbeit im Stadtrat waren eine Hetzkampagne gegen eine gesuchte Roma-Frau in Form eines Steckbrief-Plakates und ein Antrag auf Einrichtung einer Kommunalen Bürgerwehr. Manfred Rouhs war und ist der Herausgeber einer rechtsextremen Zeitung. 1994 hieß diese „Europa Vorn“. Dort konnte man lesen: „Es ist daher unverzichtbar, dass sich rechte Aktivisten zum Selbstschutz angemessen legal bewaffnen.“ Oder: „Solche Gruppen wie auch mit Schusswaffen ausgestattete ‚Antifa‘-Banden tauchen nicht überall im Bundesgebiet auf; dort, wo es sie gibt, kann ihnen nur mit scharfen Schusswaffen begegnet werden.“<sup>2</sup>

In Köln bildete sich eine breite Bewegung gegen Rechtsextremismus. Viele Jugendliche wurden aktiv. Als Neonazis



Manfred Rouhs

Anschläge gegen Asylbewerberheime verübten, gingen 1992 100.000 Menschen auf die Straße. Die Kampagne „Arsch huh, Zäng ussenander!“ wurde bundesweit bekannt.<sup>3</sup>

Bei der Kommunalwahl 1994 erhielt die „Deutsche Liga“ nur noch 2 Prozent, scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde und zog nicht mehr in den Stadtrat ein. Trotz einer gigantischen Materialschlacht – in einer Auflage von 300.000 Exemplaren lieferte die Deutsche Bundespost eine Postwurfsendung aus – war die „Deutsche Liga“ auf breiter Ebene isoliert und als faschistische Organisation diskreditiert.<sup>4</sup>

Bei der Kommunalwahl 1999 war die Fünf-Prozent-Klausel kurz vor der Wahl entfallen. Zwar bekamen die „Republikaner“ 1,2 Prozent der Stimmen und einen Sitz im Rat, Manfred Rouhs aber war am Ende: Die „Deutsche Liga“ kandidierte nur in einem Kölner Stadtbezirk und erhielt 0,1 Prozent der Stimmen.

## Haiders FPÖ das Vorbild für „pro Köln“

Der theoretische und praktische Kopf von „pro Köln“, Manfred Rouhs, verschwand nach der Wahlniederlage 1994 mehrere Jahre ins Kölner Umland und versuchte sein Glück als Verleger einer rechtsextremen Zeitung. Der Versand und Vertrieb von rechtsextremen Büchern, Filmen und CDs wurde aber kein so rechter Erfolg.

Nach den Wahlerfolgen der DVU im April 1998 in Sachsen-Anhalt sah Rouhs für sich eine neue Chance und schrieb in seiner Zeitung, die inzwischen den neuen Namen „Signal“ trug: „Die gesamte patriotische Publizistik hat – ungeachtet bestehender Vorbehalte – angesichts der veränderten Situation in Deutschland jetzt die Aufgabe, Dr. Frey und die DVU in ihren Vorhaben zu unterstützen ...“<sup>5</sup>

1999 forderte Rouhs in „Signal“, einer „neuen politischen Theorie zum Durchbruch zu verhelfen“, „neue Aufklärung“ einer „neue(n) intellektuellen Aristokratie aus allen sozialen Schichten des Volkes ... die nicht die Teilhabe am etablierten öffentlichen Leben anstrebt, sondern dessen radikale Neugestaltung. Heute in Deutschland, Flandern, Frankreich und Italien. Und morgen überall, wo Menschen leben!“<sup>6</sup>

Ein Jahr später schaltete sich Rouhs in die NPD-Verbotsdebatte ein und meint: „Ein Verbot der NPD würde den Prozess, der zur Schaffung einer solchen Formation führt, eher beschleunigen ... Ein NPD-Verbot würde deshalb dem Establishment mehr schaden als nüt-

Endlich eine Alternative:  
pro Köln tritt 2004 zur  
Kommunalwahl an!



**Bürgerbewegung pro Köln e.V.**

**Gegen den Bau einer  
Groß-Moschee  
vor Ihrer Tür**



**Worauf sich  
die Kölner  
freuen  
können:  
Bild von der  
Moschee in  
Wesseling.**

zen.“<sup>7</sup> Zu diesem Zeitpunkt vertrat Rouhs ein elitäres „aristokratisches“ Führerkonzept. 1999 kehrte er nach Köln zurück und übernahm den bereits 1996 gegründeten Verein „pro Köln“, den er in der Folgezeit zu einer rechts-populistischen kommunalen Wahlvereinigung ausbaute. Hintergrund waren Haider's Wahlerfolge mit der FPÖ in Österreich. „Haider versucht, die FPÖ unter dem Namen ‚Die Freiheitlichen‘ zu einer Bewegung umzuformen und sich mit einer nationalkonservativen bis rechtspopulistischen Politik als Reformpolitiker zu präsentieren.“<sup>8</sup> Das entsprach auch Rouhs' Vorstellungen. Bis heute hat „pro Köln“ enge Kontakte zur Wiener FPÖ. Auch die erdrutschartigen Wahlerfolge der Schillpartei bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 2001, mit 20 Prozent der Stimmen, imponierten und prägten „pro Köln“. Bei diesen Wahlerfolgen wurde nämlich offensichtlich, dass auch in Metropolen durch geschickte Hetze rechtsextreme Politik vor Ort erfolgreich praktiziert werden kann. In Hamburg ging die CDU sogar eine Koalition mit der Schillpartei ein.

Nachdem Manfred Rouhs NPD, Republikaner und die DVU mit seiner Gunst beglückt hatte, hat er nun einen neuen Weg gefunden, den er beschreiten will. Seine Zeitung „Signal“ schreibt: „Eines aber hat das Hamburger Wahlergebnis bewiesen: Die Zeit ist für eine Veränderung reif, die Chance ist da!“<sup>9</sup>

#### **Der Wahlerfolg von „pro Köln“ bei der Kommunalwahl 2004**

Die „Bürgerbewegung „pro Köln“ begann die Vorbereitung der Kommunalwahl bereits mehrere Jahre vorher. Durch Unterschriftensammlungen gegen den Bau einer Moschee in vielen Stadtbezirken baute sie nach eigenen

Angaben einen festen Datenbestand von 13.000 Adressen auf, auch wenn im Stadtbezirk nie eine Moschee gebaut werden sollte. Vermutlich benutzte sie diese Daten bei der Unterschriftensammlung zur Kommunalwahl.

Rouhs bemerkt in seiner Zeitung, die inzwischen den dritten Namen „nation24.de“ trägt: „pro Köln“ wurde größtenteils gewählt von Menschen, die zwei Jahre lang alle drei Monate die Informationsschriften der Bürgerbewegung bekommen haben.“<sup>10</sup>

Da „pro Köln“ nach Angaben des Verfassungsschutzberichtes<sup>11</sup> in Köln nur 40 Mitglieder hat, kann sie nur langfristig und mit konzentrierten Themen agieren. Dabei setzt sie auf eine Mischung von Themen, die ihre rechtsextreme Vergangenheit kaschieren sollen. Neben der Forderung nach Abschiebung von Flüchtlingen wurden auch die Themen Sauberkeit und Ordnung und das spezielle Kölner Thema „Korruption und Filz“ in den Wahlkampf getragen. So gab sie sich den Anschein einer Saubermannpartei.

Ein zentraler Ansatzpunkt ihrer Hetzkampagnen war und ist noch heute die schlechte Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnheimen. Die Flüchtlinge leben oft unter katastrophalen Bedingungen mit bis zu 500 Personen in einer Unterkunft. Das ist eine Ursache für Konflikte mit der Nachbarschaft. Der Kölner Flüchtlingsrat, PDS und Grüne fordern eine dezentrale Unterbringung in kleinen Wohneinheiten. „pro Köln“ dagegen macht keine Lösungsvorschläge, sondern hetzt und sucht die Zusammenarbeit mit Personen im Stadtteil oder mit „Bürgervereinen“, von denen sie den Eindruck hat, sie seien in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Eine solche erste Auseinandersetzung gab es 2003 im Stadtteil Köln-Poll. Das Flüchtlingsheim war in einem katastrophalen Zustand. Nicht nur die räumlichen Bedingungen waren unwürdig, sondern die ganze Infrastruktur. Kinder besuchten z.B. nicht die Schule. Im Heim wohnte auch eine Familie, die Diebstähle in großem Umfang organisierte. Bekannte rechtsstehende Personen vor Ort und „pro Köln“ hetzten sofort gegen alle Flüchtlinge. Die Kölner FDP stieß ins gleiche Horn, bestärkte die rechte Hetze ungemein und machte „pro Köln“ salonfähig. An einer Demonstration gegen das Flüchtlingsheim in Poll beteiligten sich ca. 500 Personen aus dem Stadtteil. „pro Köln“ hatte etwas Wichtiges erreicht: Zum ersten Mal konnte sie bei einer „Bürger“-Demonstration mitmarschieren.

Der Kölner Flüchtlingsrat verurteilte die Politik der Kölner FDP als „explosive Mischung aus Rechts-Populismus und Irrationalität“ und warf den Liberalen vor, es sollten „ganz bewusst Akzeptanzprobleme erst geschaffen werden.“<sup>12</sup> Im Stadtrat griff die PDS die

FDP frontal an: „Eines müssen Sie bedenken: Die Leute wählen schlussendlich nicht die FDP, sondern immer das Original, wenn man das tut, was die rechtsextremen Parteien machen.“<sup>13</sup>

Ein wirksames Mittel gegen diese Hetze war der offene Dialog vor Ort. Auf Einladung des Rom e.V. und einer Kirche setzten sich Parteien, Anwohner, Lehrer und Flüchtlinge an einen Tisch. Im Stadtrat beschlossen Grüne, PDS und CDU ein offenes Kinderprojekt für Roma-Kinder. Der Konflikt beruhigte sich. Die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge hatten sich verbessert. Trotzdem hatte „pro Köln“ einen Erfolg zu verbuchen. Im Wahlkampf plakatierten sie hetzerisch: „Wer klagt muss raus! Klaukids abschieben!“ „pro Köln“ erhielt im Wahlbezirk Poll 9,2 Prozent der Stimmen.

#### **Kriminalität darf man nicht totsichweigen**

Ein anderes Plakat, das „pro Köln“ im Wahlkampf klebte, lautete: „Gegen Kriminalität, Klüngel, Korruption“. Ein brisantes Kölner Thema, das über viele Jahre bis heute die Kölner Kommunalpolitik beschäftigt und teilweise auch prägt. Ehemalige Mitglieder von SPD und CDU hatten über Jahre Bestechungsgelder eingestrichen, teilweise als Parteispenden verbucht und dann noch Spendenbescheinigungen an fleißige Mitglieder verteilt. Das kann und darf man als kriminell bezeichnen. Dieses Wahlkampfthema wird „pro Köln“ (hier greift wieder die Namensverbindung) auch Stimmen gebracht haben, Frust- und Proteststimmen.

Dabei hatte Manfred Rouhs noch viel schlimmere Verbindungen zu Kriminellen, als SPD und CDU je hatten.

Vor den Kommunalwahlen wurde bekannt, dass der Dreifachmörder von Overath, Thomas Adolf, 1994 für die Vorläuferorganisation von „pro Köln“, die „Deutsche Liga“, 1994 zur Kommunalwahl kandidierte. Thomas Adolf war Manfred Rouhs genauestens bekannt. Denn Thomas Adolf hatte jahrelang als Taxifahrer gearbeitet und das damalige Ratsmitglied Rouhs öfter chauffiert.

Auch wenn der Mörder von Overath einen verwirrten Eindruck macht, sein rechtsextremer Hintergrund und seine Gewalttätigkeit kommen nicht von ungefähr.

Zu diesem Zeitpunkt meinten aber die örtlichen Medien, die Kandidatur von „pro Köln“ „totsichweigen“ zu müssen. Rouhs alte Verbindungen zum Mörder von Overath und in die extreme rechte Szene insgesamt werden nicht groß thematisiert. Nur das Antifa-Bündnis „Köln stellt sich quer“, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und die PDS kritisierten in Flugblättern die neofaschistische und rechtspopulistische Kandidatur von „pro Köln“.

Im Nachhinein geben viele Journalisten der Lokalpresse zu, dass dies ein Fehler war. Vermutlich sogar ein entscheidender. Faktisch fand mit „pro Köln“ im öffentlichen Raum keine Auseinandersetzung statt. „pro Köln“ konnte ungestört und weitgehend kritikfrei Hetzplakate aufhängen. Hatten sich früher SPD und Grüne an antifaschistischen Bündnissen beteiligt, so herrschte jetzt weitgehende Funkstille. „Köln stellt sich quer“, VVN/BdA und PDS veröffentlichten eine Broschüre und Flugblätter gegen „pro Köln“, aber eine breit angelegte Kampagne kam nicht zustande.

Die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel war 1999 entfallen, „pro Köln“ ganz aus dem Stadtrat herauszuhalten war eher unwahrscheinlich. Sie ist dann aber nicht nur in den Stadtrat eingezogen, sondern hat auch noch den Fraktionsstatus erzielt.

### „pro Köln“ hetzt im Stadtrat

Das Entsetzen beim Einzug von „pro Köln“ mit vier Mitgliedern in den Stadtrat und in alle Bezirksvertretungen war groß. 16.531 Menschen wählten in der Millionenstadt „pro Köln“, das waren 4,7 Prozent der Stimmen. Die „Republikaner“ erhielten 3.099 Stimmen (0,9 Prozent) und einen Sitz. Inzwischen ist der Republikaner der Fraktion „pro Köln“ beigetreten.

Auf der ersten Sitzung des Rates der Stadt Köln setzten die demokratischen Parteien ein Zeichen. CDU, SPD, Grüne, FDP, PDS und Kölner Bürgerbündnis bringen eine gemeinsame Resolution in den Rat ein, in der sie dazu auffordern, gemeinsam gegen einen Naziaufmarsch zu demonstrieren.

Die zwanzigjährige PDS-Ratsfrau Özlem Demirel begründete die gemeinsame Resolution:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Meine Damen und Herren!

Am 16. Oktober wollen Neonazis in Kalk unter dem Motto ‚180 Nationen in Köln sind 179 zu viel‘ demonstrieren. Mit unserem Resolutionsantrag wollen wir und die unterzeichnenden Parteien deutlich machen, dass wir den Protest der rechtsrheinischen Bezirksvertretung gegen den Naziaufmarsch unterstützen. Außerdem wollen wir den Kölnerinnen und Kölner Mut machen, die sich am Samstag quer stellen wollen und protestieren werden. In Köln ist nämlich kein Platz für Neonazis und ihre Hetzpolitik.

(Beifall bei PDS, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, KBB und Claus Ludwig)

... Außerdem hat sich die Polizei trotz zahlreicher Briefe und Anrufe noch nicht für ein Verbot des Naziaufmarsches ausgesprochen. Doch vielleicht übt unsere gemeinsame Resolution hier noch einmal deutlichen Druck aus.

Meine Damen und Herren, in Köln leben Menschen aus verschiedenen Nationen friedlich zusammen. Die meisten von ihnen leben schon seit Jahren hier. Hier haben sie ihren Lebensmittelpunkt.

Doch solch eine Demonstration der Neonazis mit einem solchen Motto zerstört das friedliche Zusammenleben aller Menschen hier in Köln. Es ist jedoch die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, das friedliche Zusammenleben und die Integration zu fördern und allen hier lebenden Menschen Perspektiven für eine friedliche Zukunft zu bieten.

(Beifall bei PDS und SPD)

Aus diesem Grunde werden wir einer solchen Hetzkampagne immer wieder – so wie hier und heute – gemeinsam entgegengetreten.

(Beifall bei PDS, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Es ist auch eine Schande, dass ein Ratsmitglied von ‚pro Köln‘ – ich denke, jeder weiß, wen ich meine –, das heute in unseren Reihen sitzt, im Jahre 1999 mit einem der Veranstalter des jetzigen Neonazi-Aufmarsches in Kalk schon einmal zusammengearbeitet hat. Dies verdeutlicht meiner Meinung nach erneut die Wichtigkeit einer gemeinsamen Resolution.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen: Köln ist eine schöne Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sie weiterhin schön bleibt. Lassen Sie uns gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus kämpfen. Denn gemeinsam sind wir Köln.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)“

Dieser gemeinsame Beschluss sollte deutlich machen, dass der Stadtrat den Rechtspopulismus von „pro Köln“ nicht hinnehmen wird.<sup>14</sup> Der Oberbürgermeister verweigerte „pro Köln“ Räume im Rathaus. Die Geschäftsordnung und die Redezeit im Stadtrat von Köln wurden auch deshalb geändert, um die faschistischen Hetztiraden einzuschränken. „pro Köln“ reagierte wütend und beantragte, alle Wahlen zu Aufsichtsräten und Beiräten (über 50) geheim durchzuführen. Das hätte nach dem üblichen Verfahren mehrere Tage gedauert. Die PDS kritisierte diesen Vorstoß und die damit verbundene Verschwendung von Steuergeldern. Die Verwaltung führte dann einen Wahlparcours ein, der die geheime Wahl in wenigen Stunden ermöglichte. „pro Köln“ hatte sich im Stadtrat vollständig isoliert. Trotzdem sind die Stadtratsitzungen anders als in der letzten Legislaturperiode. Die rechtsextremen Hetztiraden im Stadtrat sind unerträglich. Mit populistischen Anträgen versucht „pro Köln“ ständig, auf sich aufmerksam zu machen. Im Zusammenhang mit dem Skandal um den Bau der Messehallen fordert sie den Rücktritt des Oberbürgermeisters. In etlichen Fällen übernimmt sie einfach Begründungszusammenhänge von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, SPD oder gar der Linkspartei oder schreibt Beschlüsse der Bezirksvertretungen ab und stellt sie erneut im Rat. Z.B. forderte sie kürzlich die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft eines bekannten Kölner Zeitungsverlegers und kupferte einfach die damalige Begründung der Linkspartei ab, warum sie der Ehrenbürgerschaft nicht zustimmen könne.

„pro Köln“ stellt sehr viele Anträge, mit denen sich der Rat weder beschäftigen kann noch will. „Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt“ ist dann der Geschäftsordnungsantrag,



Zu einer von „pro Köln“ angemeldeten Demonstration durch Chorweiler und Köln-Mülheim gegen Moscheebauten kamen auch viele NPDler aus NRW (15. März 2003).

nach einer kurzen Erwiderung der Verwaltung oder eines Ratsmitgliedes. Da stimmen dann alle demokratischen Partei dafür. In einigen Fälle ist aber so ein Beschluss unklug, weil manchmal auch eine harte ausführliche Kritik an neofaschistischer Hetze nötig ist.

„pro Köln“ versucht immer wieder, Anschluss bei der CDU zu finden. Ab und zu gelingt das. In der Kölner Bezirksvertretung Kalk sollten auf Vorschlag der Verwaltung zwei Straßennamen nach zwei NS-Opfern benannt werden. Bis auf einen Vertreter der Union lehnte die gesamte CDU-Fraktion diesen Antrag ab – gemeinsam mit den Vertretern von „pro Köln“ und der NPD.

Ansonsten ist die kommunalpolitische Kompetenz von „pro Köln“ eher gering. Für sie ist die Kommunalpolitik nur ein Vehikel, Hetzkampagnen zu organisieren. Und da sind sie nicht ungeschickt und daher gefährlich. Im Herbst 2005 entzündete sich erneut ein Konflikt im nördlich gelegenen Stadtteil Köln-Merkenich. Merkenich ist mehr ein Dorf als ein Stadtteil, und es gibt dort ein Flüchtlingsheim mit fast 200 Flüchtlingen. In der schlechten Unterkunft lebt auch eine Familie, die nicht nur die anderen Familien schikaniert, sondern auch im Stadtteil Menschen bedroht. „pro Köln“ mobilisiert zu einer Veranstaltung. Um den rechten Rattenfängern das Thema nicht zu überlassen, lädt der CDU-Bezirksbürgermeister zu einer Bürgerversammlung, zu der er auch Fachleute aus der Stadtverwaltung geladen hat.

Über 500 Leute kommen in den Pfarrsaal. Aber einem Großteil der Anwesenden, darunter vor allem einer Gruppe mit schwarzen T-Shirtträgern mit weißem Aufdruck „Das Heim muss weg“, war nicht nach Sachlichkeit und Diskussion zu mute. Als die Sozialdezernentin sich gegen eine Schließung des Heimes ausspricht und auf die 3.500 in Köln lebenden Flüchtlinge hinweist, kommt die Stunde von Manfred Rouhs. Unter Beifall des Publikums kann er seinen Hass predigen. Die Veranstaltung wird zu einer Tribüne der Rechten. Am darauf folgenden Tag kommen zwar nur 60 Leute zur Veranstaltung von „pro Köln“, für die kleine Gemeinde ist das aber ein großer Zuspruch. Über 12 Prozent der Stimmen hatte „pro Köln“ vor einem Jahr hier bekommen. Hier hat „pro Köln“ eine Basis, die sie in Bewegung gesetzt hat.

## Fazit

„Das Kölner Modell ist auf jede andere Region in Deutschland übertragbar“, behauptete der bundesweit bekannte Neonazi Manfred Rouhs Ende 2004 über seine rechtspopulistischen Mobilisierungsstrategie. Nach dem schwachen Abschneiden der NPD und DVU bei der Bundestagswahl wird dieses Konzept

im rechten Lager womöglich neu diskutiert. Auch die NPD im sächsischen Landtag bastelt, im Bündnis mit der DVU, an einem neuen Mobilisierungskonzept, das die parlamentarische Verankerung weiter voranbringt. Dort mag es unter dem Ticket der NPD gehen, in den westlichen Bundesländern ist dies eher unwahrscheinlich und die rechtspopulistische Strategie im Stil von „pro Köln“ erfolversprechender.

In der Kommunalpolitik haben die demokratischen und linken Kräfte die Chance, die Neonazis jeder Couleur konkret zu stellen. Man muss Protestaktionen organisieren, Widerstand leisten und faschistische und rechtspopulistische Verbindungen aufdecken. Aber das allein reicht nicht aus. Man muss konkrete positive Vorschläge entwickeln, wie ein Konflikt, an den Nazis ansetzen, gelöst werden kann.

Die Veränderungen beim Versammlungsrecht für Naziaufmärsche<sup>15</sup> eröffnen ein paar Chancen, Neonaziaufmärsche zu verhindern. Im Zusammenhang von Gedenktagen und -veranstaltungen gibt es Urteile, mit denen wir arbeiten können.<sup>16</sup>

Wir müssen neue und moderne Formen des Protestes gegen Rechtsextremismus entwickeln. Hier sollten die Gewerkschaften, aber auch die Linkspartei oder die Rosa-Luxemburg-Stiftung prüfen, ob man nicht einen Ideenwettbewerb organisieren kann und einen kleinen Preis vergibt.

Jörg Detjen

- 1 Republikaner in Köln, Völkische Hetze gegen Ausländer, Frauenemanzipation und Demokraten, Herausgeber: Antifaschistisches Forum, August 1989, GNN Verlag, Köln.
- 2 Keine Stimme für Rechts, Neofaschistische Kommunalpolitik am Beispiel Köln – Umtriebe und Hetzkampagnen der Deutschen Liga und der Republikaner. Herausgegeben vom Arbeitskreis Neofaschismus in der VVN/BdA Köln, August 1994, GNN Verlag Köln.
- 3 Arsch huh, Zäng ussenader! Kölner gegen Rassismus und Neonazis, 1992 Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln.
- 4 Köln ganz Rechts, Rechtspopulistische und neofaschistische Parteien in Köln. Antifaschistischer AutorInnenkreis Köln, August 2004, VVN/BdA Köln.
- 5 Signal, Nr. 124/125, Juni/Juli 1998, Herausgeber Manfred Rouhs.
- 6 Signal, Nr. 130, 4. Quartal 1999, Herausgeber Manfred Rouhs.
- 7 Signal, Nr. 133, 3. Quartal 2000, Herausgeber Manfred Rouhs.
- 8 Brockhaus, 2003 Bibliographisches Institut.
- 9 Signal, Nr. 137, 3. Quartal 2001, Herausgeber Manfred Rouhs.
- 10 Nation24.de, Das patriotische Magazin, Nr. 149, 4 Quartal 2005.
- 11 Verfassungsschutzbericht NRW 2004, Seite 43 ff.
- 12 Lokalberichte Köln, Nr. 10/2004.
- 13 Rat der Stadt Köln, Ratsprotokoll vom 24. Juni 2004, Seite 12.
- 14 Rat der Stadt Köln, Ratsprotokoll vom 14. Oktober 2004.
- 15 Deutscher Bundestag, Drs. 15/4832.
- 16 Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln, vom 9.11.2005.

Hamburg: Tamm & Co.

## Wo man Kritik scheut, sollen Kritiker mundtot gemacht werden

Seit bekannt wurde, dass Senat und Bürgerschaft mit enormen öffentlichen Mitteln das private Tamm-Museum im Kaispeicher B möglich machen, hat sich in Hamburg eine beharrliche, gut fundierte Kritik entwickelt. Im April 2005 erschien im GNN-Verlag die Broschüre „Tamm-Tamm“, eine „Anregung zur öffentlichen Diskussion über das Tamm-Museum“, herausgegeben vom Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg, unterstützt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dem Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung. Bald darauf bildete sich die Initiative „Künstler informieren Politiker“ (KiP), die die Bürgerschaftsabgeordneten mit der Kritik konfrontierte, zur Stellungnahme forderte und ihre Aktionen im Internet dokumentierte ([www.tamm-tamm.info](http://www.tamm-tamm.info); siehe auch Politische Berichte 17/2005).

Die Broschüre, deren vierte Auflage inzwischen fast vergriffen ist, und die ideenreichen KiP-Aktionen sorgten dafür, dass die Kritik sich verbreiterte und auch in den überregionalen Medien Widerhall fand.

Nur in Hamburg war die alles beherrschende Springer-Presse darauf eingeschworen, der Kritik den Weg in eine größere Öffentlichkeit zu verstellen – schließlich war Peter Tamm über 40 Jahre lang im Springer-Verlag tätig, davon 23 Jahre an der Spitze, u.a. als Alteinvorstand bzw. Vorstandsvorsitzender. Die Auseinandersetzung mit der Kritik der Sammlung verweigerten Tamm und sein Museums-Freundeskreis hartnäckig.

Aber nicht nur Tamm & Co. scheuten die Kritik. Alle Bürgerschaftsparteien versuchen, sich hinter den selbst geschaffenen Tatsachen zu verschansen. Sie sind bemüht, ihr verantwortungsloses Handeln aus der Kritik zu halten, wie auf der Kulturausschuss-Sitzung überdeutlich wurde (siehe Kasten). Der große Skandal, dass die Bürgerschaft erstens öffentliche Gelder zu den privaten Zwecken des mächtigen Herrn Tamm ohne jede Kontrolle über die Ver- ausgabung, konkret die Museumskonzeption vergab und dass sie zweitens damit ein Stück (auch Hamburger) Geschichtsschreibung besonders reaktionärer Prägung legitimiert, blieb bisher ohne Folgen und soll nach dem Willen aller Parteien weiter ohne Folgen bleiben. Dies dürfte ein Grund dafür sein, dass auch „Hamburger Morgenpost“ und der NDR mauerten und nur die „taz“ Hamburg und die Obdachlosen-

zeitung „Hinz&Kunzt“ der Kritik am geplanten Tamm-Museum Raum gaben.

Jetzt jedoch ist der Springer-Konzern zum Angriff übergegangen. Ohne dass es auch nur einen einzigen Versuch des Tamm-Kreises gegeben hat, die Kritik etwa zu widerlegen oder sich auch nur mit ihr auseinanderzusetzen, geht man nun gegen die Kritiker vor.

Zunächst setzte die „Welt am Sonntag“ (9.4.) einen Artikel ab, in dem sie die RAF-Vergangenheit von Karl-Heinz Dellwo, der an der KiP-Aktion beteiligt ist, „enthüllte“ und so eine Linie vom Angriff der RAF auf die deutsche Botschaft in Schweden 1975 zur Kritikbewegung am Tamm-Museum zog. („Heute kämpft Dellwo wieder, wenn auch in anderer Form.“) Um die Künstler-Initiative ins Visier zu nehmen, war dem Springer-Kampfblatt das Mittel gerade recht, Karl-Heinz Dellwo zur Unperson zu erklären – einen Menschen, der die gegen ihn verhängte Strafe abgesessen, sich mit der Tat, für die er verurteilt wurde, auseinandergesetzt hat und kritisch und widerständig weiterlebt.

Zwei Tage später, am 11.4., starteten die Springer-Blätter „Welt“ und „Bild“ dann einen Doppelschlag. Beide gingen nun auf die GEW los, zogen die Verbindung von der RAF in Gestalt Karl-Heinz Dellwos über die Künstler-Initiative zur GEW, die die Tamm-Broschüre unterstützt hat, und die Bildzeitung gleich weiter zum GNN-Verlag, der sie verlegt hat, und über die Person des Hamburger GEW-Vorsitzenden Klaus Bullan und über meine Person dann auch zu WASG und Linkspartei.PDS.

Der „Bild“-Artikel ist nebenstehend dokumentiert. Die Absicht, den Angegriffenen größtmöglichen Schaden zuzufügen, sie einzuschüchtern und zu isolieren, springt aus jedem Satz entgegen. Wo man die Kritik

scheut, sollen die Kritiker mundtot gemacht werden.

Das Beispiel der Tamm-Kritik zeigt, dass Kritik, die mächtige Institutionen und Personen trifft, es sehr schwer hat, Verbreitung zu finden. Außerhalb eines kleinen alternativen Verlagsspektrums zählen andere Interessen als das Interesse, kritischen, unkonventionellen Publikationen zur Öffentlichkeit zu verhelfen. Der GNN-Verlag verlegt ausschließlich solche Publikationen; sie würden sonst vielleicht nicht oder nur unter erheblichen – auch finanziellen – Anstrengungen der Autoren bzw. Herausgeber veröffentlicht werden können. Aus den Angriffen des Springer-Verlagsimperiums spricht auch ein wütendes Gleichschaltungsinteresse.

Beihilfe leistet, fast schon notorisch, der Hamburger Verfassungsschutzpräsident Vahldieck. Wie berichtet (siehe *Politische Berichte* 22/05), hatte er nach den Bundestagswahlen im Zuge eines Angriffs auf die Linkspartei, deren Hamburger Landessprecherin ich damals war, u.a. mittels des Hamburger Abendblatts meine verlegerische Tätigkeit angegriffen und in rüder Manier die Pressefreiheit verletzt. Das Gericht wies zwar in erster Instanz meinen Antrag auf Unterlassung der Behauptungen zurück, aber ohne Erklärung zur Sache und nur mit der Begründung, dass bei Herrn Vahldieck keine Wiederholungsgefahr bestehe. Nachdem ich Berufung einlegte, sagte Herr Vahldieck zu, die inkriminierten Behauptungen bis zum Ende des Rechtsstreits nicht zu wiederholen. Ich habe daraufhin den Antrag auf einstweilige Anordnung zurückgezogen und Klage in der Hauptsache erhoben. Der Rechtsstreit dauert an – von Zurückhaltung bei Herrn Vahldieck keine Spur.

Christiane Schneider

Peter Tamm, ehemals u.a. Vorstandsvorsitzende des Springer-Konzerns und heute immer noch Verleger u.a. mehrerer Militärschriften, hat im Laufe seines Lebens eine gewaltige Sammlung aus dem Bereich der Seeschifffahrt zusammengetragen, darunter zahllose Militaria. Derzeit ist die Sammlung, die jede kritische Einordnung und jede Distanz zu jeder Art Seekrieg und Kriegsmarine, gerade auch der faschistischen, vermissen lässt, in einem privaten Gebäude an der Elbchaussee (Bild: Tamms Vorgarten) untergebracht. Aufgrund eines Vertrages mit der Stadt soll sie in den ältesten Speicher Hamburg umsiedeln. Die Stadt machte dafür per Beschluss der Bürgerschaft – ohne Gegenstimmen, die GAL enthielt sich – 30 Mio. Euro locker und überlässt den Kaispeicher B zudem 99 Jahre lang in kostenloser Erbpacht. Und zwar ohne ein Minimum an Kontrolle über das Museum. Die bleibt bei der Tamm-Stiftung und letztlich bei Tamm. Im Februar sah sich der Kulturausschuss der Bürgerschaft unter Vorsitz von Willfried Maier, GAL, durch die wachsende Kritik veranlasst, die Museumskon-

zeption auf die Tagesordnung zu setzen. Es war eine klägliche Veranstaltung. Die Vertreterin der Stiftung wollte oder konnte über die Konzeption nichts sagen. Das Geld ist längst geflossen, die Konzeption kommt nicht voran, weil Tamm aufgrund der Kritik nicht mehr so kann, wie er will, und nicht so will, wie er könnte. Die Tamm-Vertreterin rühmte stattdessen das großartige „Geschenk“, das Herr Tamm ihrer Meinung nach der Stadt mache. Nur eine einzige Abgeordnete der SPD hakte mit kritischen Fragen nach.



# So tief steckt die GEW im Extremisten-Sumpf



Von WOLFRAM HAMMER  
City – Hamburgs Lehrgewerkschaft GEW: Sie hat noch mehr Kontakte zur Extremisten-Szene als bisher bekannt!  
Gestern berichtete BILD über das Bündnis zwischen der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (10 000 Mitglieder sind hier organisiert, die meisten sind Leh-

rer) und dem linken Revoluzzer und Ex-RAF-Terroristen Karl-Heinz Dellwo. Sie streiten gemeinsam gegen das Schiffsbaumuseum von Prof. Peter Tamm in der HafenCity. Doch das ist noch nicht alles. Die GEW arbeitet dabei mit dem Altonaer GNN-Verlag zusammen – der unter Führung von Verlegerin Christiane Schneider (57, links ex-

trémistische verfassungsteuende Schritten „herausgibt“, wie Hamburgs Verfassungsschutz-Chef Heiko Vahldieck BILD bestätigt. Jetzt hat der GNN-Verlag auch das Anti-Museums-Pamphlet „Tamm-Torheit“ im Programm – und die GEW hat einen Teil der Druckkosten dazugeschossen, wirbt dafür sogar noch auf ihren Internet-Seiten!

„Ja, wir sind Mit-Herausgeber, haben Geld dazugegeben, ein paar hundert Euro vielleicht“, erklärt GEW-Chef Klaus Bullan auf BILD-Nachfrage treuhäufig. Jetzt steht das Buch der Lehrer-Gewerkschaft im GNN-Verlagsprogramm z.B. neben dem „Gefangenennote“, in dem immer wieder auch ehemalige RAF-Terroris-

ten und Angehörige zu Wort kommen. Ein Streit, ob darin offene terroristische Aktionen gerechtfertigt werden (wie der Verfassungsschutz behauptet), wird derzeit vor Gericht ausgetragen. GEW-Chef Bullan hat damit offenbar kein Problem. Er ist Mitglied der „WASG“, jener Linkspartei, die sich gerade mit der PDS vereinigt. Genau diese „linke PDS“ ist aber auch die politische Heimat von Verlegerin Christiane Schneider. Vier Jahre lang, bis Februar, war sie sogar Hamburgs PDS-Chefin. Jetzt leitet sie dort nur noch den Arbeitskreis BWK – das ist der „Bund westdeutscher Kommunisten“ ...

## Neuer Ort für die Sommerschule

Die diesjährige **Sommerschule vom 3. bis 6. August** findet in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt statt. In der Jugendherberge „Hochheimer Straße“ tagen wir, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, nehmen die B4 bis zum Stadtring, biegen links in die Schillerstraße (B7) und achten dann auf die Ausschilderung JH.

Die Kosten für Ü/F betragen 21,50 Euro pro Person, ein warmes Mittag-/Abendessen kostet 4,70 Euro, ein kaltes Abendessen 4 Euro.

Da wir als Gruppe gemeldet sind (günstigere Tarife), müssen wir bis Mitte Juli die genaue Anzahl von Teilnehmer melden.

Bitte meldet euch deshalb rechtzeitig und verbindlich bis zum 14. Juli an bei

GNN-Verlag Hamburg, Christiane Schneider,  
Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21,  
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Die Themen der Kurse werden wir im Mai veröffentlichen.

**29. und 30. April 2006, Halle:** 10. Parteitag der Linkspartei.PDS. Die 1. Tagung des 10. Parteitages wird sich mit einer Analyse der politischen Situation unter den Bedingungen einer großen Koalition, nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie nach der Kommunalwahl in Hessen befassen. Die Tagung soll Schlussfolgerungen für die Arbeit der Linkspartei.PDS, besonders für die 2006 noch bevorstehenden Wahlkämpfe zu den Landtagswahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und zur Kommunalwahl in Niedersachsen, ziehen. Neben dem Parteivorstand werden weitere Gremien der Linkspartei.PDS gewählt werden.

**29./30. April, Ludwigshafen.** Bundesparteitag der WASG.

**29./30. April. Hamburg.** „Kosten rebellieren II – Konferenz zum Thema Prekarisierung und Migration. Näheres [www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/kosten.php](http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/kosten.php).



**1. Mai 2006. DGB-Motto:** „Deine Würde ist unser Maß“

**6. Mai. Berlin. Soziale Rechte in Europa – Provokation für den Neoliberalismus.** 9.30 h bis 18 h in der ver.di Bundesverwaltung. Veranstalter: Europ. Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt. [www.ejdm.de](http://www.ejdm.de).

**7. Mai, Würzburg. Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.**

**22. bis 26. Mai, Berlin:** 18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“.

**24. Mai. Saarbrücken.** 96. Deutscher Katholikentag. Motto: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“.

**17. Juni. Berlin. Linkspartei.PDS:** Beratung der Landesvorsitzenden.

**3. bis 6. August. Erfurt.** Linke Sommerschule mit den Kursen Wirtschaft, Philosophie und Geschichte.

**22. August. Berlin. CDU-Grundsatzkongress**

**1./2. September, Rostock.** Ostseefriedenskonferenz.

**1. bis 3. September, Berlin.** Zukunftskongress der Grünen zur programmatischen Neuorientierung. Thesenpapier dazu: [www.gruenerzukunftskongress.de](http://www.gruenerzukunftskongress.de)

**9. September, Zabeltitz (bei Risa).** Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

**10. bis 15. September. Bayern.** Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.

**7. Oktober. Berlin. Linkspartei.PDS:** Beratung der Landesvorsitzenden.

**4. November, Hannover.** Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

**27./28. November. Dresden.** CDU-Parteitag, Wahl Vorstand.

### Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de), Landeswahlleiter